

# NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



SCHWERPUNKT. MITARBEIT

## Menschen für die Gemeindepolitik gewinnen

### „MEIN ERSTES MAL“

Politiker über ihren  
**Weg ins Amt**

### INFORMATIONSFREIHEIT

Was ich weiß,  
**macht mich heiß**

# Amtsgeheimnis abgeschafft!

Dienstag, 19. März 2024 | 9:30 – 11:00 Uhr  
Mit Rudolf Pekar, Schiefer Rechtsanwälte



Was Gemeinden und öffentliche Unternehmen im Hinblick auf die neue Informationsfreiheit tun müssen – wer

davon betroffen ist und welche Informationen veröffentlicht werden müssen sowie welche vertraulich bleiben, erklärt Ihnen Rudolf Pekar von der Schiefer Rechtsanwälte GmbH.

**Details und Anmeldung auf  
[kommunal.at/webinare](https://kommunal.at/webinare)**

Melden Sie sich dort auch direkt für unseren Webinar-Newsletter an, um keine Termine zu verpassen!

SCHWERPUNKT. MITARBEIT



© Hama - stock.adobe.com

Menschen für die Mitarbeit in der Gemeinde zu gewinnen, wird immer schwieriger. Warum ist das so und wie man zum Mitmachen motivieren?

- 04 Problem „Distanz“ zwischen Politik und Bürgern**  
Das Schweigen der Mehrheit überwinden
- 08 „Mein erstes Mal“**  
Politiker über ihren Weg ins Amt
- 12 Boomer an Bord**  
Neue Zielgruppen für die Mitarbeit in der Gemeinde ansprechen
- 14 Informationsfreiheit**  
Was ich weiß, macht mich heiß
- 17 Begeistern, statt sudern**  
Gemeindepolitik als Chance zur Mitgestaltung
- 18 Hürdenlauf ins Bürgermeisterinnenamt**  
Warum Frauen oft politikverdrossen sind
- 20 Aspalten oder abgfretten?**  
Was tun, wenn die Chemie in der Fraktion nicht mehr stimmt?
- 22 Vize, übernehmen Sie!**  
Wenn man plötzlich eine Gemeinde führt

POLITIK



Foto Kommunal

- 28 Johannes Pressl zum Gemeindebund-Chef gewählt**  
Was der neue Präsident vorhat

AUS ERSTER HAND

MENSCHEN FÜR MENSCHEN  
WIEDER GESUCHT



**Am 26. Jänner 2025 ist Gemeinderatswahl.** „Mitreden. Mitgestalten. Mitentscheiden“ titelt deshalb die aktuelle Ausgabe der NÖ Gemeinde am Cover. Und wir geben Dir im Inneren unseres Magazins diesmal viele Hinweise, was Menschen zur Mitarbeit in einer Gemeinde motiviert. Denn genau jetzt – ein gutes Dreivierteljahr vor der Gemeinderatswahl – ist die Zeit, wo wir diejenigen ansprechen, die sich dafür auf unserer Seite zur Wahl stellen werden. Dafür müssen wir sie aber auch verstehen: Was sie antreibt, was sie motiviert, was sie brauchen, um mit dabei sein zu können. Vor fast schon 20 Jahren hat es bei einer Gemeinderatswahl-Kampagne den Slogan gegeben: „MENSCHEN für MENSCHEN“. Aktuell sind wir wieder auf der Suche nach denjenigen, die bereit sind, sich für andere einzusetzen! Wir suchen wieder „MENSCHEN für MENSCHEN“!

**Am 26. Jänner 2024 war Gemeindebundwahl.** Seither darf ich das Amt des Österreichischen Gemeindebundpräsidenten bekleiden. Zunächst allen, die mich auf diesem Weg begleitet und letztlich unterstützt haben, nochmals ein herzliches Dankeschön. Für die Arbeit im NÖ Gemeindebund und für die NÖ Gemeinden sehe ich es als Möglichkeit, noch mehr Anliegen der Gemeinden umzusetzen. Denn oftmals sind es auch bundesweite Regularien, die es in unserem Interesse weiterzuentwickeln gilt. Damit aber auch auf der Bundesebene „Mitreden. Mitgestalten. Mitentscheiden“ lebendig bleibt, darf ich Dich auch in Zukunft bitten, mich mit Deiner Meinung zu den für Dich wichtigen Gemeindethemen zu „fordern“.


**In den ersten Tagen nach der Wahl,** haben mich verschiedenste Redakteure österreichischer Medien danach gefragt, ob ich „auch“ schon meine Privatgrundstücke umgewidmet hätte und damit verdient hätte .... Die Frage steht wohl stellvertretend für ein mittlerweile pauschales Vorurteil in der Medienlandschaft und in der veröffentlichten Meinung, dass Bürgermeister ihr Amt dafür „nutzen“ würden, um sich persönlich zu bereichern. Ich habe stets darauf geantwortet, dass ich genauso wie 573 Gemeindeoberhäupter im Land und rund 12.000 Gemeinderäte vor ihren Gemeinderäten ein Gelöbnis abgelegt habe: Nämlich der Verfassung und den Gesetzen entsprechend zu handeln und mein Amt uneigennützig, unparteiisch und amtsverschwiegen zum Wohle der Gemeinde auszuüben.

**Danke dafür, dass Du tagtäglich als Gemeindevertreter im Sinne dieses Gelöbnisses handelst,** Deine Gemeinde gestaltest und für die Menschen in guten wie in schwierigen Zeiten da bist. Ich hoffe, diese vorliegende Ausgabe der NÖ Gemeinde kann Dir dabei wieder ein Stück weit helfen.

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT

SCHWERPUNKT. MITARBEIT

# Das Schweigen der Mehrheit überwinden

Während eine kleine Minderheit oft lautstark auf penetrante Weise auf ihre Anliegen aufmerksam macht, bleibt eine große Gruppe oft still und ist für die Politik kaum erreichbar.  VON HELMUT REINDL

Umfragen zeigen immer wieder: Das Vertrauen in die Politik nimmt ständig ab, und vor allem junge Menschen sind immer weniger bereit, sich parteipolitisch zu engagieren.

Das Positive aus kommunaler Sicht: Alle Umfragen zeigen, dass die Gemeinde jene politische Ebene ist, mit der die Menschen am zufriedensten sind und der sie das größte Vertrauen entgegenbringen.

Das hat sehr viel damit zu tun, dass die Arbeit der Gemeinden leichter nachvollziehbar ist als das Tun höherer Ebenen. Wenn beispielsweise eine Straße, die kaputt war, saniert wurde, dann ist das überprüfbar. Aber ob etwa die Lieferkettenproblematik gelöst wurde, lässt sich nur von Experten nachvollziehen. Die kommunale Ebene hat auch den Vorteil, dass sie die pragmatischste und die am wenigsten ideologische ist: Wenn die Straße Löcher hat, dann ist das keine Frage rechter oder linker Politik. Die Gemeinde wird eher als Errichterin von Infrastruktur wahrgenommen, denn als Umsetzerin ideologischer Konzepte.


### Distanz wird größer

Dort, wo Nähe gelebt wird, ist die Zufriedenheit höher, und es ist auch leichter, Menschen zu finden, die sich in der Gemeinde engagieren. Dieser positive Befund ist aber für Kommunalpolitikerinnen und -politiker kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen. Denn auch wenn die Gemeinde jene Ebene ist, der noch am ehesten vertraut wird, gibt es in einigen Bundesländern bereits Gemeinden, die Schwierigkeiten haben, eine Person zu finden, die das Bürgermeisteramt übernehmen möchte. Nicht nur auf Bundes- oder Landesebene ist immer häufiger eine Distanz zwischen den gewählten Repräsentanten und den Repräsentierten zu bemerken. Auch auf Gemeindeebene trauen sich viele Menschen nicht, ihren Ortschef anzusprechen. „Der Bürgermeister hat so viel Anderes zu tun, da will ich ihn nicht belästigen“, meint dazu etwa eine nicht genannte Bürgerin einer Gemeinde im südlichen Waldviertel.

Diese Distanz macht es beiden Seiten schwer, in Dialog zu treten. Oft sind es nur einige wenige, die laut auf ihre Anliegen aufmerksam machen, während die schweigende Mehrheit still ist. Das sah man etwa im Großen während der Pandemie, wo Maßnahmenkritiker sich oft aggressiv äußerten und damit medial präsent waren, aber auch im Kleinen: „Ich will es mir mit dem Bürgermeister nicht verscherzen, weil ich sicher wieder einmal was von ihm brauche“, so die erwähnte Bürgerin auf die Frage, warum sie selbst berechtigte Kritik nicht artikuliert.

### Vielen ist es egal

Distanz entsteht auch dadurch, dass viele Menschen nicht bereit sind, sich damit auseinanderzusetzen, wie demokratische Prozesse funktionieren. Das betrifft natürlich vor allem die Bundes- und Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene herrscht oft Unwissen über die Abläufe, die zu einer Entscheidung führen. „Vieles wird ja einfach im Hinterzimmer entschieden. Da hat man als normaler Bürger gar keinen Einblick, wie das wirklich läuft“, glaubt ein Bewohner einer Gemeinde südlich von Wien zu wissen. Dass es klar vorgegebene Regeln gibt, an die sich Politik und Verwaltung zu halten haben, ist oft unbekannt oder wird verdrängt. Man will sich einfach nicht mit Politik beschäftigen. „Ich habe echt genug um die Ohren, als dass ich mich darum auch noch kümmern könnte. An der Politik kann man ja eh nichts ändern“, so der Mann aus dem Industrieviertel.

Funktionärinnen und Funktionäre nehmen aber oft gar nicht wahr, dass die Menschen mit Gemeinde Distanz verbinden. Aber selbst, wenn man bei einer Gemeinderatswahl eine Wahlbeteiligung von 70 Prozent hat, dann bedeutet das, dass 30 Prozent offenbar egal ist, wer sie vertritt. Und zwar wirklich egal, denn wenn diese Menschen lediglich mit dem politischen Angebot unzufrieden wären, stünde es ja jedem frei, sich selbst zu engagieren. 

“ Wir müssen Wege finden, wie sich die **schweigende Mehrheit sicher fühlt, ihre Meinungen und Anliegen zu teilen.**



**Thomas Hofer**  
Politikberater

“ Menschen wollen sich zwar nicht unbedingt parteipolitisch engagieren, sind aber **bereit, bei konkreten Projekten mitzuarbeiten.**



### Kommunikation verbessern

Für die Parteien bedeutet dies, dass sie sich nicht nur um jene kümmern müssen, die sich am politischen Prozess beteiligen, sondern dass sie auch diejenigen im Auge haben müssen, die sich ansonsten verweigern und unbeteiligt in der Ecke stehen.

„Es ist enorm wichtig, dass nicht nur die lautstarke Minderheit, sondern auch die stille Mehrheit wahrgenommen wird“, meint der Politikberater Thomas Hofer im Gespräch mit der NÖ Gemeinde. „Wenn man den Eindruck hat, dass viele Leute zwar Anliegen haben, aber nicht unbedingt sprechen wollen, dann sollte man versuchen, andere Kommunikationsschienen aufzubauen. Das kann man etwa mit regelmäßigen Meinungsumfragen machen, die durchaus auch anonym sein können. Auch Social Media bieten viele Möglichkeiten“, empfiehlt Hofer.

Natürlich werde man auch damit nur einen Teil der Menschen erreichen, aber es sei schon alleine wichtig, dass es das Angebot einer Info-schiene gibt. „Man muss Räume schaffen, in denen auch die leisen Stimmen Gehör finden. Wir müssen Wege finden, wie sich die schweigende Mehrheit sicher fühlt, ihre Meinungen und Anliegen zu teilen. Nur so können wir sicherstellen, dass die Entscheidungen, die für die jeweilige Gemeinde getroffen werden, ein möglichst umfassendes Bild der Bedürfnisse und Wünsche aller Bewohner widerspiegeln.“ Viele Beispiele zeigen, so Hofer, dass Bürgermeister durch Dialog, Bürgerbeteiligung und persönliche Präsenz Nähe schaffen können. Aber: „Distanz zu überwinden, ist nicht einfach, sondern beinharte, oft unbedankte Arbeit“, stellt der Politikberater klar.

### Es braucht mehr Wissen

Ein weiteres Problem ist die mangelnde Informiertheit vieler Bürgerinnen und Bürger. Man kann nicht erwarten, dass sich Menschen engagieren, wenn sie nicht wissen, wie Gemeindepolitik überhaupt läuft. Denn obwohl

diese sehr unmittelbar funktioniert, klaffen oft große Wissenslücken: In der Schule stehen, wenn überhaupt, Bundes- und Landespolitik im Fokus, Kommunalpolitik wird so gut wie nie thematisiert. Woher sollen Menschen das Wissen nehmen, das sie brauchen, um ein Engagement in der den örtlichen Parteien überhaupt in Betracht zu ziehen?

### Von der persönlichen Betroffenheit in die Parteipolitik

Gerade junge Menschen sehen oft nicht, dass die Arbeit der Gemeinde sich auf ihre Lebensrealität auswirkt. Viele kommen erst dann in Kontakt mit der Gemeinde, wenn sie ein Haus bauen oder wenn sie ein Kind für den Kindergarten anmelden.

„Erst muss man hungrig werden. Dann greift man nach dem Brote“, sagte der Physiker Gustav Theodor Fechner (1801 – 1887) und meinte damit, dass man erst dann handelt oder nach etwas strebt, wenn man einen inneren Drang oder ein Bedürfnis verspürt.

Bei der Politik ist das nicht anders: Menschen sind am ehesten bereit, sich für etwas zu engagieren, wenn ihre Interessen betroffen sind. Das funktioniert am ehesten auf Gemeindeebene. Denn hier gibt es die unmittelbarsten Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Sei es in der Dorferneuerung, bei Umweltschutzaktivitäten, im Sozialbereich oder bei der Flüchtlingshilfe. Das lässt sich auch durch Umfragen belegen, die zeigen, dass Menschen sich zwar nicht unbedingt parteipolitisch engagieren wollen, aber durchaus bereit sind, bei konkreten Projekten mitzuarbeiten.

Die Parteien haben aber durch diesen Trend zu wenig Nachwuchs. Denn – auch wenn Kommunalpolitik wie erwähnt nicht in erster Linie ideologiegetrieben ist – wer in einer Partei ist, bekennt sich letztlich immer auch zu bestimmten Werten und Ideologien. Das wollen heute viele Menschen nicht mehr. Schon immer war es aber so, dass Leute eher über den Umweg eines Engagements für ein Anliegen, das ihnen wichtig war, zur Mitarbeit in der Gemeinde gekommen sind. Bei Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl war es etwa das Interesse für Dorferneuerung, bei anderen waren es oft persönliche Betroffenheiten, die dazu geführt haben, sich für das Abenteuer Politik zu begeistern, wie die Kurzporträts auf den nächsten Seiten zeigen. ■■■

# KOMMUNAL WIRTSCHAFTS FORUM 2024

- **Brandaktuelle Themen**  
(Digitalisierung, Personal und KI, Finanzen, Ressourcenschonung)
- **Top-Speaker**
- **Tolles Rahmenprogramm**
- **in der Kulturhauptstadt Bad Ischl**

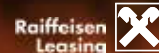
**Sichern Sie sich Ihren Wissensvorsprung!**  
**24. – 26. APRIL 2024 // BAD ISCHL**



**KOMMUNAL**

**KOMMUNAL  
BEDARF.AT**

**Deloitte.**



**SIEMENS**



**JETZT ANMELDEN**

AUF [WWW.KOMMUNALWIRTSCHAFTSFORUM.AT](http://WWW.KOMMUNALWIRTSCHAFTSFORUM.AT)



# Mein erstes Mal So war's bei mir

Am Anfang jeder Politiker-Karriere steht ein Herzensprojekt. Wir befragten niederösterreichische Amtsträgerinnen und Amtsträger, wie sie ihre politische Unschuld verloren. [VON OSWALD HICKER](#)

Ein Fußballtor auf der Dorfwiese. Ein Skaterpark für die Jugend. Oder der Traum von der Kleinkinderbetreuung im Ort. Es sind konkrete Projekte, die am Anfang manch schillernder Polit-Karriere standen. Das Engagement für ein Herzensanliegen ist meist der erste Berührungspunkt zur Welt der Kommunalpolitik. Geschickte Anführer nutzen den Elan der Engagierten und gewinnen sie für die eigene Liste.

## Forscher: Mit Teilhabe zum Politengagement

Die Beispiele sind zahllos. „Teilhabe an politischen Prozessen ist der schnellste Weg ins politische Engagement“, analysiert auch Meinungsforscher Christoph Haselmayer im Interview (siehe Seite 12). Besonders die Jugend sei politverdrossen. Wenn man

irgendwie an diese Zielgruppe herantreten will, um sie für die Lokalpolitik zu begeistern, dann über konkrete Projekte. Übers Anpacken. Übers Umsetzen. Denn die Freude am Gestalten ist Grundvoraussetzung für ein politisches Amt.

## Scouts für die Mühen der Ebene

Politikerinnen und Politiker, die erfolgreich Nachwuchs rekrutieren wollen, müssen genau das verkörpern: Das Image der Umsetzer, der Macher. Denn es ist ein weiter Weg von der guten Idee bis zur Umsetzung. Und dieser führt durch die Mühen der Ebene der Anträge, Ausschreibungen, Förderansuchen und Beschlussführung. Eines der verlockendsten Angebote für junge Umsetzer ist ein erfahrener Scout, der durch den undurchblickbaren Dschungel der Verwaltung führt. ■■■

## Videos

Eine Video-Sammlung von Herzensprojekten, die Niederösterreichs Amtsträger in die Politik geführt haben, finden Sie unter [www.meinegemeinde.blog](http://www.meinegemeinde.blog) oder unter diesem QR-Code:





**Alexander Bernhuber**

EU-Parlamentarier

Bei der **Landjugend** sorgte Alexander Bernhuber für Feste oder den Projektmarathon. Kurz – er versprühte Leben in Kilb. So sehr, dass ihn der Bürgermeister für den Gemeinderat anwarb. Bernhuber: „Ich hab mich immer schon in der Gemeinde engagiert, habe in der Landjugend gearbeitet. Und irgendwann fragt einen der Bürgermeister dann, ob man kandidieren will.“

Heute ist Alexander Bernhuber starke Stimme von Niederösterreichs Bauern im EU-Parlament. 2024 will er mit grünen Energien die Klimawende in den Gemeinden schaffen.

**Anette Töpfl**

Bürgermeisterin Vitis

Vitis im zentralen Waldviertel war nicht immer derart pulsierend wie jetzt. Anette Töpfl sah aber Potenzial. Verkehrsgünstige Lage, Gemeinde-eigener Grund – da lässt sich was machen. Als Bürgermeisterin baute sie Vitis zu einem Wohn- und Wirtschaftsstandort mit 700 Arbeitsplätzen aus. 2024 wird daher ein neuer mehrgrup-piger **Kindergarten** eröffnet, damit die vielen neuen „Jungvitis“ auch bestens betreut sind.

**Gerhard Karner**

Bundesminister für Inneres

1992 war die Zeit des **Grunge**, und somit die Zeit der coolen Flyer. Der junge Gerhard Karner designte für ein Fest eine coole Einladung. So gut, dass der Bürgermeister aufmerksam wurde, und ihm einen Platz im Team anbot. Inzwischen hat Karner ein besonderes Anliegen: Als Innenminister will er den Job für Jungpolizistinnen so attraktiv machen, dass die Sicherheitsbehörden genug Nachwuchs haben.

**Johannes Pressl**

Präsident NÖ Gemeindebund und Österreichischer Gemeindebund

Bei der **Dorferneuerung** half Hannes Pressl unzähligen Gemeinden beim Sprung in eine bessere Zukunft. Mit so viel Verve, dass auch die Politik aufmerksam wurde. Er kandidierte in Ardagger für den letzten Listenplatz – und wurde Bürgermeister. 2024 will der Präsident des NÖ Gemeindebundes ein großes Loch in seiner Gemeinde füllen – mit einem Nahversorgungszentrum und barrierefreien Wohnungen.

**Claudia Kubelka**

Bürgermeisterin Annaberg

Bei Statistiken über **Abwanderung** aus dem ländlichen Raum ist Annaberg leider ganz vorne mit dabei. Claudia Kubelka wollte dabei nicht zusehen und beschloss, sich als „Spätberufene“ gegen diesen Trend zu stemmen. „Ich war als Quereinsteigerin unbeschwert und vielleicht unbedarft, aber ich wollte mit positivem Gedankengut etwas für meine Heimatgemeinde Annaberg unternehmen. Ziel war es, dass Annaberg lebens- und liebenswert bleibt und dass keine weitere Abwanderung erfolgt.“ Seit wenigen Jahren ist sie Bürgermeisterin und will 2024 mit Infrastrukturprojekten Jungfamilien ihre lebenswerte Gemeinde schmackhaft machen.

**Jürgen Rummel**

Bürgermeister Neulengbach

So eine Jugend im Wienerwald ist naturnah, aber nicht immer prickelnd. Jürgen Rummel gründete daher eine Initiative, die einen **Skaterplatz** in Neulengbach durchsetzte. „Ich hab mich für die Errichtung stark gemacht und bin dann auch als Jugendgemeinderat gewählt worden. Der Skaterplatz wurde gemeinsam mit der Jugend gestaltet und umgesetzt. Auch eine Freibadoffensive konnte so umgesetzt werden.“ Die Altvorderen wurden aufmerksam und heute ist Rummel Bürgermeister der Stadt. 2024 freut er sich, wenn ein neugebautes Ärztezentrum mit Kindergarten das Leben der Neulengbacher noch besser machen wird.



**Karl Moser**

2. Landtagspräsident a. D.

In Ballungsräumen war ein Abschluss mit Matura normal, im südlichen Waldviertel hatten nur acht Prozent die Hochschulreife. Karl Moser dachte nach: „Wenn die Waldviertler nicht zur Matura kommen, dann hole ich eben die Matura ins südliche Waldviertel.“ Gegen alle Chancen brachte Moser eine **Schule** ins Yspertal – die auch 2024 wieder Waldviertler mit Matura hervorbringen wird.



**Klaudia Tanner**

Bundesministerin für Landesverteidigung

Ein **Fußballplatz** im Mostviertler Ort – das war das Herzensprojekt der jungen Klaudia Tanner. Ihr Vater riet ihr, nicht zu bitten und auf die Gunst anderer angewiesen zu sein, sondern sich zu engagieren und umzusetzen. „Mitreden, mitgestalten, in die Hand nehmen. Wir wollten einen Fußballplatz haben damals in Perwarth in der Gemeinde Randegg. Da hat der Vater gesagt: ‚Dann müsst’s euch engagieren, dafür einsetzen.‘ Das war die Triebfeder.“ 2024 will Klaudia Tanner wieder einige Elfmeter versenken. Als Ministerin für Landesverteidigung freut sie sich auf neues Gerät für die Sicherheit der Republik. Von Soldatenstiefeln bis zu Hubschraubern und neuen Panzern.



**Bernadette Geieregger**

Bürgermeisterin Kaltenleutgeben

Der **Beachvolleyplatz** im Ort ist schon fast Synonym für erste politische Projekte. Auch bei Bernadette Geieregger starte ihr Engagement in der Gemeinde mit diesem Anliegen. „Ein Bekannter hat Mitstreiter für den Bau eines Beachvolleyballplatzes gesucht. Ich bin zu einem Treffen gegangen und so in die Politik gerutscht.“ Danach ließ sie die Politik nicht mehr los. 2024 sind die Herzensprojekte der Bürgermeisterin von Kaltenleutgeben größer geworden. Eine neue Anlage für Fußballer und Pfadfinder und ein neuer Kindergarten werden demnächst eröffnet.



**Ludwig Schleritzko**

Landesrat für Finanzen

Als Nationalparkmanager lastete schon große Verantwortung auf den Schultern von Ludwig Schleritzko. Doch gegen den Rucksack, den sich der Quereinsteiger als Finanzlandesrat umgehängt hat, war alles davor eine Leichtigkeit. Schleritzko: „Ich bin in die Politik voller Freude aber auch mit Erfurcht gegangen. Der Grund warum ich als Quereinsteiger in die Politik gegangen bin, war die Freude, Verantwortung zu übernehmen. Und diese **Freude an der Verantwortung** zeichnet auch die Bürgermeister aus.“ 2024 wird die Verantwortung nicht kleiner werden: Ein neues Budget soll in Zeiten multipler Krisen die Grundlage für die Lebensqualität im Land sichern.



**Sepp Balber**

Bürgermeister Altenmarkt / Triesting  
Vizepräsident NÖ Gemeindebund

1997 wurde Viktor Klima Bundeskanzler, Lady Diana starb und Kinderbetreuung war weder gratis noch unumstritten. Im hinteren Triestingtal setzte aber ein junger Mann das durch, was nun 28 Jahre später flächendeckend ausgerollt wird: **Kleinkinderbetreuung** im Ort. Heute ist Balber Bürgermeister von Altenmarkt und das nächste Projekt wartet bereits – ein Radweg.



**Fritz Ofenauer**

Nationalrat und  
Bürgermeister Markersdorf / Pielach

Manche Politiker glauben selbst zu wissen, was ihre Bürger wollen. Fritz Ofenauer glaubt das nicht. Deswegen fragt Ofenauer nach, bevor die Gemeinde einen Plan umsetzt. **Bürgerbeteiligung** ist das große Steckenpferd des Bürgermeisters. Zuletzt „entwarfen“ sich die Bewohner selbst ein neues Ortszentrum. 2024 will er die neuen Gebäude mit Leben erfüllen – und natürlich wieder nachfragen, ob es den Beteiligten gefällt.

**Lukas Mandl**

EU-Parlamentarier

Andere Teenies begeisterten sich 1994 für die Fußball-WM in den USA oder waren über den Tod von Curt Cobain tief betrübt. Der 14-jährige Lukas Mandl traf in diesem Jahr seine große Liebe: **Europa**. „Am 12. Juni 1994, vor fast 30 Jahren hat Österreich abgestimmt, dass es bei der EU mitmachen will. Ich war damals 15 und war sehr begeistert von dieser Perspektive. Ich bin es noch heute, auch wenn wir an der Art, wie Europa betrieben wird, viel ändern müssen. Und wir können etwas ändern, weil wir dabei sind, weil damals zwei Drittel unserer Landsleute dafür gestimmt haben.“ Auch 2024 lebt Mandl noch für diese Leidenschaft, inzwischen ist er sogar mit ihr verheiratet. Als EU-Parlamentarier in Brüssel will er mithelfen die EU umzugestalten, die Außengrenzen zu schützen und somit nach innen für mehr Freiheit sorgen.

**Matthias Zauner**

Landesgeschäftsführer VPNÖ

2004 hängten andere junge Männer Poster von Baywatch-Wunder Pamela Anderson in den Spind. Der junge Matthias Zauner stand aber auf Plakate einer andere Dame: **Benita Ferrero-Waldner**. Der Einsatz für ihre Kandidatur führte Zauner in die Politik. 2024 hat er ein neues Herzensprojekt: Als Parteigeschäftsführer will er Niederösterreichs VP-Bürgermeistern im Wahlkampf helfen.

**Stephan Pernkopf**

Landeshauptfrau Stellvertreter

Sich für andere **einsetzen und stark-machen**: Das war schon in der Schule die Leidenschaft des Jahrgangssprechers Stephan Pernkopf. Er gab jenen eine Stimme, die ihre Interessen nicht so eloquent vertreten konnten. „Ich wurde einstimmig gewählt und habe sofort die Freude am Gestalten gespürt. Das ist das Wesentliche an der Politik, da darf man sich auch nicht entmutigen lassen.“ Als Landesvize will er nun die Energiewende vorantreiben und die Dörfer Niederösterreichs erneuern.

**Karl Wilfing**

Landtagspräsident NÖ

Seine Politkarriere begann mit der Initiative für ein **Jugendzentrum** im Weinviertel. Das Zentrum gibt es noch immer. Und Karl „Carlo“ Wilfing blieb auch als Bürgermeister und jetzt als Landtagspräsident ein Fürsprecher der Jungbürger. Er führte etwa mit dem „Berufsschülerlandtag“ junge Lehrlinge sanft an die politischen Prozesse heran. 2024 wird seine Klientel aber noch viel jünger. Endlich eine flächendeckende Betreuung für Kleinkinder auf die Beine zu stellen – das ist Wilfings Herzensprojekt im kommenden Jahr.

**Michaela Schneidhofer**

Bürgermeisterin Hernstein

**Kicken** kann man auf jeder Wiese, mit einem Tor ist das Ganze aber weit prickelnder. Mit diesem Anliegen ging Michaela Schneidhofer zum Bürgermeister. Der setzte das Projekt um und spannte die junge Frau gleich in anderen Projekten ein. So entstand neuer Wohnraum. 2024 wird Schneidhofer als Bürgermeisterin startklar für die Betreuung aller Zweijährigen in der Gemeinde – und auch ein neuer Turnsaal wird Kindern und Hobbysportlern zur Verfügung stehen.

**Hermann Fischer**

Bürgermeister Ziersdorf

Hermann Fischer ist einer der Pioniere der **Dorf- und Stadterneuerung** in Niederösterreich. Und wie bei Vielen war ein Erneuerungsprojekt auch sein Einstieg in die Politik. „Als die Dorferneuerung vor 35 Jahren gegründet wurde, wollte auch ich in unserem kleinen Ort einiges umsetzen. Und da das gelungen ist, wollte ich später auch in der größeren Gemeinde Ziersdorf mitarbeiten und etwas umsetzen. Dieser Wille zum Umsetzen, zum Machen ist selbst nach 35 Jahren Gemeindepolitik noch groß: „2024 wollen wir die Infrastruktur bei der Kinderbetreuung und für Freizeitaktivitäten ausbauen. Ich will die Gründung eines Gemeindekellers vorantreiben, das würde für Ziersdorf und das ganze Schmidatal viel bringen.“

## ■ ZIELGRUPPENANSPRACHE

# Boomer an Bord

Welche Gruppen sind bereit, sich politisch zu engagieren? „Die Jungen haben keinen Bock, die 30- bis 50-Jährigen haben keine Zeit“, sagt Polit-Experte und Meinungsforscher Christoph Haselmayer im Interview.

☞ VON OSWALD HICKER

**NÖ GEMEINDE: Listenführer landauf, landab beklagen, dass es schwer ist, Leute für die politische Arbeit zu begeistern. Ist das ein niederösterreichisches Phänomen, ist das ein Zeit-Phänomen?**

**CHRISTOPH HASELMAYER:** Das Phänomen ist flächendeckend greifbar. Die Politik hat leider in den letzten Jahren immer mehr an Vertrauen verloren. Sowohl die etablierten Parteien wie auch die FPÖ haben ein Problem, Leute anzusprechen, weil viele sich nicht zu einer Partei deklarieren wollen. Parteien sind derzeit quasi unsexy. Die Leute sagen zwar salopp: „Für dich würde ich das machen, liebe Karin, lieber Franz, aber mit der Bundeslinie bin ich nicht einverstanden. Ja, ich wähle dich zwar, aber ich will nicht auf die Liste gehen.“

**Ist somit politisches Mimikri, wo sich die Partei hinter einer Namensliste tarnt, zu empfehlen?**

Namenslisten, die mit Parteien zusammenhängen, waren und sind noch immer sehr erfolgreich. Es gibt nur einen Nachteil: Wenn die Namensliste sich selbstständig macht oder dann doch nicht so nahe an der jeweiligen Landespartei angesiedelt ist, wie man sich das gewünscht hat, dann geht der Schuss eigentlich nach hinten los.

**Welche Bevölkerungsgruppe ist am ehesten interessiert, sich politisch einzubringen?**

Die Politik schielt natürlich immer gerne auf die Jungen. Das ist quasi hip. Aber die Jungen sind in Wirklichkeit die schwerste Zielgruppe, weil sich immer weniger für Politik interessieren.

Früher war es ja so, dass man gesagt hat, der Großvater hat eine Partei gewählt und dementsprechend bin ich zu Hause sozialisiert worden. Das ist massiv aufgebrochen. „Einmal schwarz, immer schwarz“ – das gibt's überhaupt nicht mehr.

Die meisten Jungen haben schlichtweg keinen

Bock auf die Politik. Ausnahmen bestätigen die Regel. Also: Wer ist ansprechbar? Das ist aus meiner Sicht definitiv die Babyboomer-Generation, die jetzt ja langsam auch in Pension gehen. Die teilweise auch gute Jobs hatten. Diese Leute haben jetzt Zeit, sich für die Allgemeinheit zu engagieren. Und viele von ihnen wollen auch etwas hinterlassen, das sie noch etwas umgesetzt haben, zum Beispiel für ihre Kinder oder schon Enkelkinder.

**Das heißt, in Zukunft müssen wir uns damit abfinden, dass im Gemeinderat lauter 65-plus-Personen sitzen?**

Es ist kein schönes, aber eher das realistische Bild. Die Generation von 30 bis 50 steht mitten im Berufsleben schwer unter Druck, teilweise natürlich durch die Familiengründung. Da bleibt kaum mehr Zeit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Die wenigen, die bereit sind, sind eher in Vereinen, etwa in der Feuerwehr, und dann sagt man halt: Ich bin schon engagiert, mehr geht dann wirklich zeitlich nicht mehr. Und die Jungen haben wie erwähnt einfach schlichtweg keinen Bock auf die Politik.

**Also ganz klare Empfehlung: Boomer-Generation ansprechen?**

Ja. Und da kommen wir schon zum nächsten Punkt. Wie spreche ich diese Generation an? Wir sehen österreichweit, egal ob im ländlichen Raum oder im urbanen Sektor: Wenn man die Menschen beteiligt, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie etwas zu sagen haben, dass sie etwas mitbestimmen können, dann geht nicht nur die Wahlbeteiligung nach oben, dann sind die Menschen auch bereit, sich politisch einzubringen.

**Stichwort: Zuzügler: Kann man die eher mit Bürgerbeteiligungsprozessen hinter der Thujenhecke hervorlocken als mit Faschingsumzügen?**



☞ **Die Jungen sind die schwerste Zielgruppe, weil sich immer weniger für Politik interessieren.**



**Christoph Haselmayer**  
Geschäftsführer des IFDD -  
Institut für Deskopie und  
Datenanalyse



Ja. Zuzügler sind bereit, sich einzubringen. Es gibt auch Gemeinden, wo viele Zuzügler im Gemeinderat sitzen. Trotzdem bläst Parteien von dieser Gruppe ein rauher Wind entgegen. Die Volkspartei, die ja über 7.000 Gemeinderäte stellt und mit Abstand die meisten Bürgermeister, hat natürlich gewissen Gegenwind von der Bundesebene. Umfragen zeigen: Das ist die unbeliebteste Bundesregierung aller Zeiten. Es gibt keine Umfrage von keinem Institut, die das anders sieht. Aber auch Entscheidungen auf Landesebene haben negative Auswirkungen auf die Bereitschaft, sich kommunal zu betätigen.

Kurios: Sozialdemokraten wie auch die Freiheitlichen müssten davon profitieren, haben das Problem aber ebenfalls. Am Ende des Tages ist die Politik generell der Verlierer.

#### **Könnte man mit höheren Entschädigungen mehr Menschen für Ämter motivieren?**

Ich denke schon. Geld ist natürlich eine gewisse Art von Motivation. Allerdings muss man natürlich auch genau drauf schauen, welche Personen es nur wegen des Geldes machen. Höhere Entschädigungen können Glücksritter anziehen. Besonders aufstrebende Parteien mit schlechter Struktur sind da sehr gefährdet.

#### **Das heißt, seriöse Politiker sagen auch oft „Nein“ zu einem Kandidaten oder einer Kandidatin?**

Ja, durchaus. Es nutzt nichts, jetzt Listen voll zu füllen und dann kommt man drauf, dass irgendeine Person jemanden sexuell belästigt hat, in den Keller gesperrt hat oder sich andere schwere Verfehlungen geleistet hat. Deswegen sind alle angehalten, ihre Kommunalkandidaten – und sei es der Listenplatz 16 oder 20 – durchaus auch zu screenen. Das heißt, gläserner Gemeinderat.

#### **Welche drei goldenen Tipps sollte man beachten, um gute Kandidaten für die Liste zu finden?**

Erstens: Bürger beteiligen. Das führt zu höherer Wahlbeteiligung und Bereitschaft, sich zu engagieren.

Zweitens: Die direkte Ansprache, auch wenn es schwierig ist, weil der Volkspartei ein kalter Wind entgegenbläst und sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister schwertun.

Drittens ist wichtig zu vermitteln: Du wirst gehört und mit uns kannst du etwas umsetzen, und du kannst vielleicht auch etwas nachhaltig hinterlassen. Nicht unbedingt für dich, aber für deine Kinder oder Enkelkinder. Die Menschen wissen natürlich, dass man zum Umsetzen Mehrheiten braucht.

Hier tut sich die Volkspartei leichter, weil die Volkspartei die Bürgermeister- und Gemeinderats-Partei ist. Das sind einfach die Zahlen. Und wenn ich etwas umsetzen will, tue ich mir in der Regel leichter, das dann mit dieser Partei auch zu tun. ■■■

**Die „Boomer“-Generation der bis Mitte der 60er Jahre Geborenen geht in Pension und ist für die Mitarbeit in der Gemeinde ansprechbar.**

“ Zuzügler sind bereit, sich einzubringen.



# Was ich weiß, macht mich heiß

Das Informationsfreiheitsgesetz bringt Herausforderungen, aber auch neue Wege der Bürgerinformation. Letzten Endes könnte es auch zum Bumerang in positiver Hinsicht bei der proaktiven Veröffentlichung werden ... [VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

In einer Zeit, in der Kommunikation und Transparenz zu den Schlüsselwörtern in der Verwaltungsarbeit geworden sind, stehen Niederösterreichs Gemeinden vor der großen Aufgabe, ihre Bürgerinnen und Bürger nicht nur zu informieren, sondern aktiv in den Informationsfluss miteinzubinden.

Die Medienlandschaft kann dabei vielfältiger nicht sein: Von der traditionellen Gemeindezeitung über soziale Medienplattformen wie Facebook bis hin zu Gemeindehomepages – die Wege der Information sind schier unendlich. Mit den sozialen Medien haben wir die Möglichkeit, unabhängig vom Filter der Zeitungen und Radios oder TV auf eigenen Plattformen zu informieren und zu diskutieren. Breite erreichen diese Medien aber nur, wenn wir auch das zum Thema machen, was die Menschen schon im Kaffeehaus am Dorfplatz interessiert und emotionalisiert. Ein weiterer „Stolperstein“ bei der Info-Weitergabe: Der soziale Medienauftritt muss einerseits handwerklich gut sein, damit es einerseits nicht „peinlich“ wird, und er darf nicht zum Zeitfresser werden – schließlich sollen Aufwand und Nutzen im Einklang bleiben.

## Große Chance: Informationsfreiheit?

So verlockend diese fette Blase an Kommunikationskanälen auch ist, Volksbefragungen, die Gemeindezeitungen, die Facebook-Seite der Kommune und der klassische Neujahrsempfang des Bürgermeisters sind noch lange keine Garantie dafür, dass die Information bei allen Bürgerinnen und Bürgern auch ankommt. Es mag skurril klingen, dass gerade hier das kommende Informationsfreiheitsgesetz als Chance betrachtet werden kann. Das Gesetz bietet den Gemeinden nämlich insofern die Chance, diese Dynamik zu verändern und eine proaktive Informationspolitik zu verfolgen. Statt darauf zu warten, dass Bürgerinnen und Bürger nachfragen, können Gemeinden relevante Informationen aktiv bereitstellen. Dies ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, besser informierte Entscheidungen zu treffen und sich aktiv am Gemeindeleben zu beteiligen.

## Was kann ich künftig bei meiner Gemeinde erfragen?

Informationsfreiheit bedeutet das Recht, Zugang zu staatlichen Informationen ohne

“ Indem Gemeinden Informationen über Entscheidungen, Projekte und Entwicklungen frühzeitig und umfassend veröffentlichen, wird **das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gestärkt.**



© Uwe - stock.adobe.com

“ Es wird vonseiten des Bundes notwendig sein, Mechanismen zu entwickeln, um sicherzustellen, dass **Informationen rechtzeitig und in angemessener Form verfügbar sind.** ”

begründetes Interesse zu erhalten. Sie soll ab September 2025 auch für Gemeinden gelten, wobei es Unterschiede je nach Einwohnerzahl gibt. Gemeinden unter 5.000 Einwohnern müssen Informationen dann nicht von sich aus veröffentlichen, sondern diese erst auf Anfrage zur Verfügung stellen.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf individuelle Informationsfreiheit haben werden, egal, ob sie in einer Gemeinde mit 1.000 Einwohnern oder 10.000 Einwohnern leben. Die breite Veröffentlichung von bisher internen Informationen schafft etwa für die kritische Öffentlichkeit, für Journalisten oder für Wissenschaftler einen breiten Einblick in staatliches Wissen als auch in die eigene Gemeinde.

Erfragen könnten Bürgerinnen und Bürger etwa, wie viele Aufträge die Gemeinde an einen bestimmten Anwalt vergeben hat oder – je nach Verfahrensstand – Pläne zu einem Straßenbauprojekt. Ebenso müssen nur jene Informationen veröffentlicht werden, die bereits vorliegen und nicht erst erarbeitet werden müssen. Will jemand wissen, wie alt die Bevölkerung in einem Ort im Jahr 1921 war, muss sich die Gemeinde nicht eigens auf die Suche nach den entsprechenden Daten machen.

#### Was springt für den Bürger raus?

Ein zentraler Aspekt des Informationsfreiheitsgesetzes ist die Förderung der Transparenz in der Verwaltung. Indem Gemeinden Informationen über Entscheidungen, Projekte und Entwicklungen frühzeitig und umfassend veröffentlichen, wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Sie fühlen sich nicht nur besser informiert, sondern auch in die Entscheidungsprozesse ihrer Gemeinde eingebunden. Darüber hinaus bietet das Informationsfreiheitsgesetz den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Bürgernähe zu stärken. Indem Informationen in verständlicher Form und auf verschiedenen Kanälen bereitgestellt werden, können auch Personen erreicht werden, die möglicherweise sonst nicht aktiv nach Informationen suchen würden. Dies trägt dazu bei, die Vielfalt der Meinungen und Perspektiven innerhalb der Gemeinde zu fördern und einen offenen Dialog zu ermöglichen.

Neben der proaktiven Bereitstellung von

Informationen sollten Gemeinden auch Mechanismen zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess entwickeln. Öffentliche Konsultationen, Bürgerforen und andere Formen der Beteiligung können dazu beitragen, das Gemeindeleben zu demokratisieren und sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Anliegen aller Einwohnerinnen und Einwohner angemessen berücksichtigt werden.


Gerade, weil das Vertrauen in die Politik in den vergangenen Jahren schwer gelitten hat, können Gemeinden ebendieses durch proaktive Informationspolitik und transparenter Haltung in der Verwaltung fördern und eine engagierte Gemeinschaft aufbauen.

#### Auf die Plattform kommt es an

Bei all den Transparenz-Diskussionen darf eines aber nicht vergessen werden: die Implementierung des Informationsfreiheitsgesetzes, die eine sorgfältige Planung und Ressourcenallokation seitens der Gemeinden erfordert. Es wird vonseiten des Bundes in den kommenden Monaten notwendig sein, Mechanismen zu entwickeln, um sicherzustellen, dass Informationen rechtzeitig und in angemessener Form verfügbar sind.

Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung können dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung der Informationsfreiheit zu schärfen und die erforderlichen Fähigkeiten zur effektiven Umsetzung zu vermitteln. Immerhin muss für die Gemeinden durch programmierte Schnittstellen klar und verständlich geregelt sein, was veröffentlicht werden soll und vor allem im Sinne der DSGVO veröffentlicht werden DARF. Und schließlich auch, durch welchen niederschweligen Zugang die gewünschten Informationen abgerufen werden können. Da gibt es bereits seit einigen Jahren die Websites auf Landes- und Bundesebene, die es vormachen:

#### Websites zur Transparenz

Die Mittelverwendung der Gemeinden kann bereits online seit über zehn Jahren auf [www.offenerhaushalt.at](http://www.offenerhaushalt.at) eingesehen werden. Die Kooperation aus Bund, Ländern, Städten und Gemeinden bietet außerdem mit ihrer Plattform [www.data.gv.at](http://www.data.gv.at) ein Portal für offene Daten aus der Verwaltung. Hier werden alle als Open 

Data deklarierten Datensätze aus Österreich gesammelt. Die Plattform bietet für alle Verwaltungseinheiten, die selbst kein Portal betreiben, die Möglichkeit, ihre Daten zu veröffentlichen. Das Ziel ist darüber hinaus eine allgemeine Vergleichbarkeit und Koordination der Veröffentlichungen der Daten, denn nur wenn die offenen Datenbestände miteinander kompatibel sind, können Daten auch umfassend genutzt, verglichen und ausgewertet werden. Die Informationen, die aus allen Ressorts und Verwaltungsebenen stammen (Arbeit, Bevölkerung, Umwelt, Tourismus) reichen von Wetterdaten bis hin zu genauen statistischen Daten. Und auch auf Landesebene kann man auf der Website [www.no.e.gv.at](http://www.no.e.gv.at) über „Open Government Data“ von B wie „Bevölkerung“ bis W wie „Wanderungen nach Gemeinden“ auf einen großen Datenschatz zugreifen. Die Frage lautet nun, wie dieser auf Gemeindeebene in Zukunft ausgehoben werden könnte.

**Fazit**

Insgesamt bietet das Informationsfreiheitsgesetz Niederösterreichs Gemeinden die Möglichkeit, eine modernere, transparentere und bürgernahe Verwaltung aufzubauen. Durch eine proaktive Informationspolitik, die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und den Schutz der Privatsphäre können Gemeinden das Vertrauen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner stärken und eine lebendige, demokratische Gemeinschaft fördern. Wie Präsident Johannes Pressl bereits richtig erwähnte: „Die Gemeinden sind jetzt schon transparent und werden das in eigenem Interesse in Zukunft noch mehr sein. Denn nur Information ermöglicht Beteiligung der Bürger. Und Verständnis durch den Bürger führt auch zum Mittragen von Projekten.“ Und genau hier liegt die Chance durch das neue Gesetz: Auch diejenigen abzuholen, die der eigenen Kommune bislang skeptisch gegenüberstanden sind. ■■■

“ Nur Information ermöglicht Beteiligung der Bürger.



**Johannes Pressl**  
Präsident des  
NÖ Gemeindebundes



# MR Naturraum

Ingenieurbüro

## Sichere Spielplätze? Garantiert!

Wie ein Spielplatz und seine Spielgeräte beschaffen sein müssen, ist seit 1998 europaweit in der Norm EN 1176 geregelt.

Betreiber von Spielplätzen sind für die Sicherheit des Spielplatzes verantwortlich und haben daher sicherzustellen, dass sich der Spielplatz und die Geräte in ordnungsgemäßem Zustand befinden, und dass beschädigte Geräte unverzüglich repariert oder gesperrt werden.

Vor allem bei der jährlichen Hauptinspektion, die gemäß der Norm von einer unabhängigen, sachkundigen Person durchgeführt werden muss, bewährt es sich, eine\*n Fachmann/-frau hinzuzuziehen.

## Alles aus einer Hand: Spielplatzüberprüfung & Baumkontrolle

Unser spezielles Angebot für Sie ist, dass wir diese zwei Überprüfungen - von Spielplatz und der dazu gehörigen Bäume - mit einer Person durchführen können, da unsere qualifizierten Spielplatzprüfer\*innen auch FLL-zertifizierte Baumkontrolleur\*innen sind.

So können unsere fachkundigen Mitarbeiter\*innen mit nur einer Anfahrt beide Prüfungen zeit- und kosteneffizient durchführen.

*Schauen Sie sich unser Video an!*



Gemeinsam konzipieren wir Projekte, gemeinsam erarbeiten wir Lösungen.

Kontaktieren Sie uns!

T 05 9060 300 | E [office@mr-naturraum.at](mailto:office@mr-naturraum.at) | [www.mr-naturraum.at](http://www.mr-naturraum.at) | Ein Unternehmen des Maschinenring.

Klimawandelanpassung & Naturgefahrenmanagement | Landschafts- und Umweltplanung | Baum- und Spielplatzkataster





# Begeistern, statt sudern

Anstatt aktiv zu werden und Veränderungen anzustoßen, neigen Mitmenschen dazu, sich über Missstände zu beklagen und darauf zu warten, dass jemand anderes ihre Wünsche erfüllt. Doch es gibt eine bessere Alternative: sich selbst in die Politik einzubringen und aktiv an der Gestaltung der Gemeinde teilzuhaben.

✍ VON BERNHARD STEINBÖCK

Matschgern, sudern, sempnern, motzen, murren ... es mag nicht von ungefähr kommen, dass es in Österreich so viele „Fachbegriffe“ der Empörung gibt. Umbauarbeiten von Gemeindestraßen im Sommer. Erhöhte Wasser- und Kanalgebühren. Das grelle Straßenlicht vor dem Schlafzimmerfenster. Aufgebrachtheit ist ein österreichisches Grundbedürfnis. Dieser Unmut muss jedoch nicht immer negativ behaftet sein, denn es bedeutet auch dass jemand leidenschaftlich diskutiert, dass er noch nicht in der Beliebigkeit angekommen ist, sondern noch für etwas brennt ...

## Die Macht des Engagements

... und bietet somit auch die Möglichkeit, aktiv an der Veränderung der eigenen Umgebung teilzuhaben. Die Frage, warum man sich für die politische Mitgestaltung engagieren sollte, lässt sich auf verschiedene Weisen beantworten:

- **Direkte Einflussnahme und Vertretung der eigenen Interessen:** Als aktives Mitglied der Gemeindepolitik hat man die Möglichkeit, direkt an Entscheidungsprozessen teilzunehmen und seine Stimme zu Gehör zu bringen.
- **Gemeinschaftliches Handeln:** Die Zusammenarbeit mit anderen engagierten Bürgern in der Gemeindepolitik kann zu einem starken Gemeinschaftsgefühl führen.
- **Persönliche Entwicklung:** Die aktive Teilnahme an der Gemeindepolitik bietet zahlreiche Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung. Die Fähigkeiten in Bereichen wie Teamarbeit, Kommunikation und Problemlösung können somit gestärkt und wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, die einem auch in anderen Lebensbereichen zugutekommen.

## Schritte zur politischen Mitwirkung

Welche Strategien und Maßnahmen können dazu beitragen, die Bürger zur Teilnahme an der Gemeindepolitik mitzunehmen?

- **Transparente Kommunikation.** Eine offene und transparente Kommunikation seitens

der Gemeindeverwaltung und der politischen Entscheidungsträger ist der Schlüssel, um das Interesse der Bürger zu wecken. Regelmäßige Informationen über geplante Projekte, bevorstehende Entscheidungen und Möglichkeiten zur Beteiligung sollten leicht zugänglich und verständlich kommuniziert werden.

- **Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse.** Bürgermeister und Mandatäre sollten die Bürger frühzeitig in Entscheidungsprozesse einbeziehen und ihre Meinungen und Ideen ernst nehmen. Durch die Organisation von Bürgerforen, Bürgerwerkstätten oder Bürgerbefragungen kann aktiv an der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen Beteiligung entstehen. Dies schafft nicht nur ein Gefühl der Teilhabe, sondern führt auch zu besseren und breiter akzeptierten Ergebnissen.
- **Förderung von Engagement und Ehrenamt.** Die Anerkennung und Wertschätzung des Engagements ist ein wichtiger Anreiz, sich aktiv in der Gemeindepolitik zu engagieren. Die öffentliche Würdigung des ehrenamtlichen Engagements in der Gemeinde durch gezielte Maßnahmen wie Auszeichnungen, Dankesveranstaltungen oder Unterstützung bei der Realisierung von Bürgerprojekten sollte jedenfalls gefördert werden.
- **Bereitstellung von Bildungs und Informationsangeboten.** Um das Interesse der Bürger an der Gemeindepolitik zu wecken und ihre Teilnahme zu erleichtern, sollten Bildungs- und Informationsangebote bereitgestellt werden. Workshops, Schulungen und Informationsveranstaltungen zu Themen wie demokratische Teilhabe, kommunale Strukturen und politische Prozesse können dazu beitragen, das Verständnis und die Kompetenz im Umgang mit politischen Fragen zu verbessern. ■■■

👏 Unmut muss **nicht immer negativ behaftet sein.**



## Fazit

Im Sinne einer lebendigen Demokratie ist es zu begrüßen, wenn auch mit der vermeintlichen Gegenseite in Diskurs getreten wird. Transparenz und Offenheit sind seitens der Kommunalpolitik gefragt, wenn Partizipation erfolgreich sein soll.

# Hürdenlauf ins Bürgermeisterinnenamt



In den Bundesländern mit Direktwahl haben Frauen gleich zwei Hürden zu überwinden: Einerseits innerhalb der Partei, da man sich ja an die Spitze setzen lassen müsse, und dann müsse man auch noch die Direktwahl überstehen.

Frauen haben einige Hürden zu überwinden, bis sie in die Politik einsteigen, oder gar für die Bürgermeisterkandidatur in Frage kommen. Haben sie es dann endlich ins Amt geschafft, gilt es weitere Erschwernisse zu meistern. Im Gespräch mit politisch engagierten Frauen und der Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle zeigt sich: es herrscht Aufholbedarf. Frauen brauchen außerdem eine dicke Haut und eine brauchbare Strategie. ✍️ VON PETRA STÜCKLER

In den letzten Jahren hat sich der Frauenanteil in der Kommunalpolitik stetig erhöht. Von den 2093 Bürgermeistern in Österreich sind 10,5 Prozent weiblich. Niederösterreich belegt sogar den Spitzenplatz mit 81 Bürgermeisterinnen in den 573 Gemeinden, das entspricht einem Anteil von 14,5 Prozent laut aktuellen Februar-Zahlen des Gemeindebundes. Und doch ist der Weg hin zu einer 50:50 Zusammensetzung der Gremien noch lange.

## Fehlen einer Direktwahl ist Vorteil für Frauen

Warum der Frauenanteil der Bürgermeister in Niederösterreich höher ist als anderswo, weiß Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle. Es gibt keine Bürgermeister-Direktwahl

in Niederösterreich. Dies erweise sich als Vorteil. Denn in den Bundesländern mit Direktwahl haben Frauen gleich zwei Hürden zu überwinden. Einerseits innerhalb der Partei, da man sich ja an die Spitze setzen lassen müsse, und dann habe man auch noch die Direktwahl zu überstehen. Und hier hätten Frauen offensichtlich immer noch schlechtere Karten als Männer, erklärt Stainer-Hämmerle. Bei der Betrachtung der Hintergründe, beispielsweise wie hoch die Bezüge sind, welche Größe die Gemeinden haben, kommt sie zu einer zentralen These: „Je unattraktiver der Job für Männer ist, desto eher lässt man es auch Frauen tun.“

Obwohl das Bürgermeisteramt nachweislich und mit Abstand das höchste Vertrauen aller

## i Umfrage

Kathrin Stainer-Hämmerle führt derzeit eine Erhebung unter allen Bürgermeistern und Vizebürgermeistern durch, in der es um Nachwuchsarbeit geht. Teilnehmen kann man bis 15. März.

Kontakt:

K.Stainer-Haemmerle@fh-kaernten.at

politischen Ebenen im Land genießt, sind die hohe Arbeitsbelastung, die wachsende Bürokratisierung und die steigende Verantwortung oftmals abschreckend.

### Rekrutierung über andere Organisationen ist bei Männern einfacher

Kathrin Stainer-Hämmerle hat sich in diversen Studien immer wieder damit beschäftigt. So zeigte sich in einer Erhebung aus dem Jahr 2022 unter männlichen und weiblichen Ortschefs, dass viele Männer, anders als Frauen, in Vereinen und beispielsweise Feuerwehr aktiv waren, bevor sie Bürgermeister wurden.

„Das heißt, dieses Rekrutierungsmuster über andere Organisationen funktioniert bei Männern viel besser, weil sie dort auch stärker vertreten sind“, erklärt Stainer-Hämmerle. Frauen seien eher im informellen Bereich aktiv, beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe. Sie seien daher nicht in gleichem Maße sichtbar wie ihre männlichen Kollegen und der Einstieg in die Politik sei schon allein dadurch erschwert.

Die Frage nach der Motivation, für das Amt des Bürgermeisters zu kandidieren, zeigt einen weiteren großen Unterschied zwischen Männern und Frauen. 50 Prozent der befragten Männer argumentierten, dass sie sich für etwas engagieren wollen, 30 Prozent der Frauen gaben an, dass sie überredet wurden.

Doch warum muss man so viele Frauen überreden, das Amt der Bürgermeisterin auszuüben? Warum engagieren sich immer noch viel zu wenige Frauen für ein politisches Amt? Sind sie gar politikverdrossen?

Die Landesobfrau-Stellvertreterin von „Wir Niederösterreicherinnen“ und Hollabrunner Stadträtin Elisabeth Schüttengruber-Holly dazu: „Verdrossen sind viele, das ist nicht frauenspezifisch. Frauen nehmen sich keine Zeit für Politik, durch die Doppelbelastung Familie und Beruf. Das Interesse kommt manchmal erst dann, wenn Kinder älter oder aus dem Haus sind. Politik ist leider noch immer von Männern dominiert und daher für Frauen oft nicht erstrebenswert.“

Kathrin Stainer-Hämmerle möchte es nicht politikverdrossenheit nennen, es sei eine deutliche „Parteiverdrossenheit“ zu beobachten. Man sehe dies aktuell am Zulauf zu Parteien, die etwas Neues versprechen.

### Frauen sind anders sozialisiert als Männer

Durch diese Situation sei aber auch der Einstieg in eine Erneuerung der politischen Kultur möglich. Laut Stainer-Hämmerle werde es mehr Frauen brauchen, um gute Entscheidungen zu treffen. „Frauen unterscheiden sich nicht so sehr von Männern, wie sie Politik betreiben. Aber sie haben eine andere Lebenserfahrung, eine andere Sozialisation. Sie haben einen anderen Blick auf die Gesellschaft und auf ihre Umgebung. Und es braucht einfach diese Erfahrung, um gute Entscheidungen zu treffen im Sinne eines diversen Teams“. Auch Silke Damerer, Landtagsabgeordnete und „Wir Niederösterreicherinnen“-Landesobfrau betont, dass die Sichtweisen, Erfahrungen und Talente von Frauen in der Politik neue Chancen eröffnen.

Was bleibt, ist die unterschiedliche Bewertung von Frauen und Männern, die öffentliche Ämter anstreben. Laut Stainer-Hämmerle gebe es immer wieder Beispiele, dass Frauen mit kleinen Kindern sehr unverblümt abgeraten wurde, das Amt der Bürgermeisterin zu übernehmen, aber ihr Nachfolger dann sogar mehr und noch kleinere Kinder hatte und dies überhaupt kein Thema war.

Mit aktiver Nachwuchsarbeit will Elisabeth Schüttengruber-Holly mehr Frauen für die Politik motivieren: „Ich bin sehr viel unterwegs. Ich gehe mit offenen Augen durch Hollabrunn und Umgebung. Wenn mir junge, engagierte Frauen auffallen, dann versuche ich, sie für die Mitarbeit in der Politik zu motivieren. Man muss Frauen ermutigen, wenn sie Interesse zeigen, und ihnen das nötige Rüstzeug, beispielsweise in Seminaren, Schulungen und Mentoring-Programmen auf den Weg mitgeben.“

Ihre Kollegin, Andrea Kö, Bürgermeisterin von Perchtoldsdorf und ebenfalls Landesobfrau-Stellvertreterin von „Wir Niederösterreicherinnen“, schlägt in dieselbe Kerbe: „Es wäre wichtig, dass Frauen von Role-Models begleitet werden, die sie in die Welt der Politik einführen und sie ermutigen, sich politisch zu engagieren.“ Wenn sich Frauen zusammenschließen, könne der Weg in die Politik auch auf diesem Wege erleichtert werden, ist sie sich sicher.

Es müsse das Ziel der Politik sein, gute Entscheidungen für alle zu treffen. Und das ginge schlichtweg nicht, wenn nur ein Teil der Gesellschaft repräsentiert sei, sagt Stainer-Hämmerle. ■■■



© Prügger

“ Je unattraktiver der Job für Männer ist, desto eher lässt man ihn auch Frauen tun.



Kathrin Stainer-Hämmerle  
Politikwissenschaftlerin



© Buttlinger

“ Wenn mir junge, engagierte Frauen auffallen, dann versuche ich sie für die Mitarbeit in der Politik zu motivieren.



Elisabeth Schüttengruber-Holly  
Landesobfrau-Stellvertreterin von  
„Wir Niederösterreicherinnen“

■ WENN DIE CHEMIE NICHT MEHR STIMMT

# Abgfretten oder abspalten?

In einer Fraktion muss man eng zusammenarbeiten. Konflikte sind da nicht ausgeschlossen. Was tun, wenn man trotz aller Bemühungen „nicht mehr zusammenkommt“?

☑ VON KARL SCHLAGENHAUFEN

Wer sich um ein Gemeinderatsmandat bewirbt, sollte das nicht tun, um eigenen oder den Interessen einer bestimmten Organisation zum Durchbruch zu verhelfen. Gemeinderat sein heißt: Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, im Sinn der Gemeinde und der Gemeinschaft zu arbeiten.

## Unterschiedliche Meinungen

Wenn es in einer Fraktion unterschiedliche Zugänge und in Folge auch unterschiedliche Meinungen gibt, ist das grundsätzlich nichts

Schlechtes. Das gibt es in jeder Familie, in jedem Unternehmen. Entscheidend ist, diese unterschiedlichen Ansichten offen und ehrlich miteinander zu besprechen und zu einer Lösung zu kommen, die dann nach außen vertreten werden muss. Das erwarten sich die Bürgerinnen und Bürger.

## Fehlende Information

Oft beruhen unterschiedliche Meinungen im politischen Prozess auf unterschiedlichen Informations- und Wissensständen. Ausreichende Information ist aber nicht nur Bringschuld, sondern Holschuld jeder und jedes Einzelnen. Das gehört für einen verantwortungsbewussten Gemeinderat zum täglichen Geschäft dazu.

## Auf die Teammitglieder eingehen

Gemeindearbeit – und noch stärker Fraktionsarbeit – kann nur im Team funktionieren. Deshalb ist es wichtig, das Teamgefühl auch regelmäßig zu stärken. Das darf nicht bei der Besprechung von sachpolitischen Angelegenheiten aufhören, da gehört auch die zwischenmenschliche Komponente dazu: Wie geht es den einzelnen Gemeinderätinnen und -räten in ihrer Ressortarbeit? Fühlen sie sich am richtigen Platz? Haben sie Änderungswünsche? Und ab und zu mal miteinander auf einen Kaffee oder ein Bier zu gehen, in der Freizeit etwas gemeinsam zu unternehmen schadet auch nicht – im Gegenteil: im „halbprivaten“ Umfeld werden oft die besten Ideen geboren.

Wenn der Zeitpunkt gekommen ist, wo man als Gemeinderat zur Überzeugung kommt: es geht nicht mehr, ich kann mich hier nicht mehr wiederfinden; dann ist es für beide Seiten sinnvoller das ruhig und ehrlich festzuhalten.

“ Ein fliegender Wechsel zu einer anderen politischen Gruppierung wird von den Bürgerinnen und Bürgern wenig goutiert, ebenso wie eine Frontalopposition gegen die eigene – jetzt ehemalige – politische Partei.



**Karl Schlagenhafen hat unzählige Listenkonflikte gemanagt. Für die NÖ Gemeinde hat er die wichtigsten Lehren aus seiner jahrelangen Erfahrung zusammengefasst.**

© bluedesign- stock.adobe.com





### Es geht nicht mehr

Wenn trotzdem der Zeitpunkt gekommen ist, wo man als Gemeinderat zur Überzeugung kommt: es geht nicht mehr, ich kann mich hier nicht mehr wiederfinden; dann ist es für beide Seiten sinnvoller – wieder wie im Privaten und Beruflichen – das ruhig und ehrlich festzuhalten. Das muss unter erwachsenen Menschen auch ohne böses Blut und üble Nachreden möglich sein. Nur schwache Menschen sind nachtragend, bei starken Persönlichkeiten ist eine ruhige, vernünftige Trennung ein Zeichen von Haltung und Stärke.

### Handlungsmöglichkeiten und Konsequenzen

Wenn eine „politische Trennung“ Realität wird, dann ist es insbesondere für den „Abspalter“, der diese Trennung anstrebt und sich davon nicht abhalten lassen will, besser, sich freiwillig aus dem Gemeinderat zurückzuziehen. Viele Beispiele zeigen, dass eine solche Vorgangsweise nicht nur angenehmer für alle Beteiligten ist, sondern auch von der Bevölkerung als ehrlicher Schritt anerkannt wird. Ein fliegender Wechsel zu einer anderen politischen Gruppierung wird von den Bürgerinnen und Bürgern wenig goutiert, ebenso wie eine Frontalopposition gegen die eigene – jetzt ehemalige – politische Partei.

Die Konsequenzen einer Frontalopposition oder eines Wechsels in ein anderes politisches Lager bedeuten nicht nur, dass man von heute auf morgen von vielen Informationen abge-

schnitten ist und große Teile seines Umfelds verliert. Die meisten „Abspalter“ geben nach einer gewissen Zeit unter vier Augen auch zu, dass sie sich in ihrer neuen Rolle nicht wirklich wohl fühlen.

### Und dennoch: die schönste politische Tätigkeit

Wer jetzt glaubt, dass kommunalpolitische Tätigkeit nur mühsam ist: im Gegenteil! Es gibt nichts Schöneres, als Bürgermeister oder Gemeinderat zu sein. Nirgendwo sonst kann man das Lebensumfeld der Menschen so direkt und so wirksam gestalten. Nirgendwo sonst kann man hautnah an der Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

Auch wenn man da und dort auch einmal klar sagen muss: Politik ist kein Wunschkonzert. Die Leute verstehen ein offenes und ehrliches Wort von ihren Gemeindevertretern, ja sie erwarten sich das sogar. Und die eine oder andere Unstimmigkeit kann durch gezeigtes Engagement und hunderte kleine und große Erfolge – an denen jede und jeder Einzelne beteiligt ist – leicht wettgemacht werden. ■■■



**KARL SCHLAGENHAUFEN**

war 18 Jahre hauptberuflich für die Volkspartei Niederösterreich tätig (Bezirksgeschäftsführer, Kommunalreferent, Organisationsreferent) und in dieser Zeit auch aktiver Kommunalpolitiker. Seit 2008 ist selbstständiger Strategie- und PR-Berater, schwerpunktmäßig für Gemeinden und kommunale Verantwortungsträger.

👉 Nur schwache Menschen sind nachtragend, bei starken Persönlichkeiten ist eine ruhige, vernünftige Trennung ein Zeichen von Haltung und Stärke.



## ■ PLÖTZLICH BÜRGERMEISTER

# Vize, übernehmen Sie!

In der Welt der Kommunalpolitik gibt es Momente, die die Gemeinde auf ganz unerwartete Weise treffen können. Ein solcher ist der plötzliche Rücktritt eines Bürgermeisters. [✉ VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

2020 wurde Birgit Boyer zum neuen Gemeindeoberhaupt der knapp 5.000 Einwohner zählenden Gemeinde Gaweinstal gewählt. Die Jungbürgermeisterin startete auch gleich mit richtig viel Elan in die pandemiebedingt herausfordernden ersten Monate als Führungskraft. Zwei Arztstellen konnten trotz des immer akuter werdenden Kassenarztmangels aufgrund ihrer Beharrlichkeit bereits nach vier Monaten wieder nachbesetzt werden. Der Hochwasserschutz wurde vorangetrieben, Friedhöfe erneuert oder ein zweiter Kindergarten errichtet. Doch nach knapp drei Jahren kündigte die 45-Jährige plötzlich ihren Rücktritt an. Ein Schritt, der auch den Vizebürgermeister unvorbereitet treffen sollte – denn plötzlich hieß es: „Vize – übernehmen Sie!“ „Meine Vorgängerin hat aus persönlichen Gründen für uns alle überraschend ihre Funktion zur Verfügung gestellt und ich wurde als Nachfolger durch die ÖVP nominiert. Die ersten Gedanken waren geprägt von der Erkenntnis, dass das Leben immer wieder Überraschungen bereithält. Das Bürgermeisteramt war in meiner Lebensplanung überhaupt nicht vorgesehen“, schildert Johannes Berthold, der sich seinen Ruhestand nach 43 Jahren Lehrertjob und Schulleiter einer Handelsakademie etwas anders vorgestellt hatte. Als Vizebürgermeister hatte Berthold bereits einen groben Einblick in die Agenden. 30 Jahre lang Finanzreferent, einige Jahre über Bildungsbeauftragter, aber auch e5-Teamleiter, Mobilitätsbeauftragter oder Mitglied im Projektauswahlgremium von LEADER Weinviertel Ost – Berthold war ohnehin bereits breit aufgestellt. Als bisheriger Vizebürgermeister (seit 2021) hatte der ehemalige Direktor zwar bereits einen groben Einblick in die Agenden, die



kurze Vorbereitungsphase lief jedoch nach dem Motto „learning by doing“ ab: „Überraschend war für mich das Tagesgeschäft, das sehr vielfältig und laufend Entscheidungen verlangt. Dies habe ich in der Außensicht sicher nicht so wahrgenommen. Und die zweite wesentliche Erkenntnis ist, dass ohne Kommunikation gar nichts geht. Gut, diesen Bereich habe ich als Schulleiter auch schon gehabt, also eigentlich Routine.“ Genau 140 Tage nach Amtsantritt steht Berthold seiner gefassten Entscheidung jedenfalls positiv gegenüber: „Die gemeinsam mit Vizebürgermeisterin Laura Manschein besuchten gefühlten 30 Punschstände während der Adventszeit, die Mitgliederversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren in der Großgemeinde und diverse andere Events haben uns sehr motiviert. Als Team wollen wir weiterhin alle Gruppen ansprechen: jung und alt, weiblich und männlich, Berufserfahrung und

“ Ich mache es sehr gerne und es macht mir Spaß, bisher habe ich auch **gutes Feedback erhalten.**



**Markus Klamming**  
Bürgermeister von  
Senftenberg



**Amtsübergabe in Gaweinstal, Johannes Berthold dankte seiner Vorgängerin Birgit Boyer. Mit dabei auch Vizebürgermeisterin Laura Manschein. Bürgermeister Berthold: „Die Entscheidung zu einer Führungsposition fiel rückblickend betrachtet bei der Übernahme des Vizebürgermeisteramtes 2021. Daher war für mich die Besetzung der Position eines neuen Vizebürgermeisters/einer neuen Vizebürgermeisterin eine ganz wesentliche Frage. Hier hat sich Laura Manschein gefunden, die mit ihren 28 Jahren ein gutes Pendant zu meiner Altersgruppe ist.“**

**Wenn der neue Gemeindechef älter ist als der „Alt“-Bürgermeister, ist das außergewöhnlich. In Senftenberg übergab Stefan Seif an Markus Klamminger.**

Ausbildung etc. Damit fällt das Bürgermeistertsein in die Kategorie spannend und lebenswert.“

### Senftenberg

In Senftenberg musste der Bürgermeister-Sessel in den vergangenen fünf Jahren gleich vier Mal gewechselt werden. Nachdem Josef Ott 2019 zurückgetreten war, übernahm dessen Vize – Helmut Pilz. Nur drei Monate später dann der Schock: Der allseits geschätzte Bürgermeister stirbt an Herzversagen am Steuer seines Wagens. Für die Volkspartei der Marktgemeinde galt es, nach dem Verlust so rasch wie möglich einen neuen Kandidaten zu finden. Der damals 38-jährige Stefan Seif und sein späterer Vizebürgermeister Karl Gruber bewiesen jedoch Verantwortung. Der junge Senftenberger, der auch eine Bürotechnik-Firma leitet, wurde dabei zwei Wochen vor der Wahl zum Bürgermeister ernannt. Für

viele überraschend, konnte die Volkspartei Senftenberg, mit ihm an der Spitze, die GRW 2020 mit einer absoluten Mandatsmehrheit für sich entscheiden. Mit viel Kraft und Herzblut ging es als Bürgermeister, Unternehmer, Wirtschaftskammer-Vertreter, Aufsichtsratsfunktionär und Vizepräsident im NÖ Gemeindebund in die kommenden Jahre, die nicht spurlos an ihm vorübergehen sollten.

„Nach Jahren des dauerhaften Engagements wurden wichtige Freiräume, die ich zur Erholung gebraucht hätte, immer weniger. Körperliche Beschwerden, die ich bis dato nicht kannte, und psychische Erschöpfung durch den laufenden Zeitdruck wurden immer mehr zur Belastung, auch für meine Familie“, erzählt Seif, dem der Rücktritt als Bürgermeister nicht leichtfiel. Auf die Frage, ob er sich ein erneutes Engagement als Gemeindechef vorstellen würde, gab Seif sich zurückhalten: „Sag niemals nie, derzeit habe ich keine Ambitionen und muss mich in dieser wirtschaftlichen herausfordernden Zeit um die Funktionen in der Wirtschaftskammer und um meinen Betrieb kümmern.“

### Wäre da nicht ein Jüngerer geeigneter?

Wieder musste ein neuer Gemeindechef her, diesmal wurde das Zepter an einen „erfahreneren“ Kandidaten mit bereits über 30 Jahren im Gemeinderat, weitergereicht. „Wäre da nicht ein Jüngerer als ich geeigneter?“, ging es Markus Klamminger durch den Kopf, als er zum ersten Mal erfahren hatte, dass er Seif beerben solle. Der 64-Jährige hatte bis dahin alle politischen Ämter der Marktgemeinde bekleidet, auch seine Tätigkeit im Gesundheitsmanagement des Landes Niederösterreich hat ihn viel gelehrt und gut auf die großen Herausforderungen des Bürgermeister-Daseins vorbereitet. „Ich mache es sehr gerne und es macht mir Spaß, bisher habe ich auch gutes Feedback erhalten. Eine gute Arbeit als Gemeindechef erfordert Zeit. Wenn ich bei meinem Fulltime-Job nicht im Herbst in Resturlaub und anschließend in Pension gehen würde, würde ich es wohl nicht machen“, so die ehrlichen Worte Klammingers. ■■■

KLUBOBMANN DANNINGER

# In NÖ wird **gemeinsam mit den Gemeinden** entschieden



© VPNO-Landtagsklub

Am 23. März 2023 hatte der NÖ Landtag seine konstituierende Sitzung. Seither ist ein Jahr vergangen, die ersten wichtigen Beschlüsse konnten gefasst werden. Nach der Landtagswahl 2023 wurde ein Arbeitsübereinkommen zwischen VPNO und FPÖ geschlossen, das eine starke Handschrift der Volkspartei trägt. Viele der vereinbarten Punkte betreffen auch die Arbeit im NÖ Landtag.

**K**lubobmann Jochen Danninger betont dazu: „Die Arbeit funktioniert auf Augenhöhe, professionell und verlässlich. Für uns ist trotzdem klar, dass es eine Arbeitsbeziehung ist.“ Zur Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen hält er fest: „Ich pflege zu allen politischen Parteien im NÖ Landtag eine gute Gesprächsbasis. Gerade jetzt, wo von manchen versucht wird, streit nach Niederösterreich zu tragen, sind diese Gesprächskanäle wichtig.“ Für Danninger markiert der März 2024 auch sein einjähriges Jubiläum als Klubobmann der Volkspartei NÖ im Landtag.

Bereits kurz nach Beginn der neuen Legislaturperiode konnten die ersten wichtigen Beschlüsse gefasst werden: Die ORF-Landesabgabe wurde abgeschafft, der Pflege- und Betreuungsscheck eingeführt, die Tourismusfinanzierung auf neue Beine gestellt oder ein neues Gemeindedienstrecht beschlossen. Und nicht zuletzt wurde ein Gemeindepaket auf

den Weg gebracht, mit dem auch das Bürgermeisteramt attraktiver und unter anderem eine Karenzmöglichkeit für Bürgermeisterinnen geschaffen wurde.

Klubobmann Danninger: „Für uns ist der enge Austausch mit unseren Interessensvertretern enorm wichtig um genau zu wissen, wo Herausforderungen liegen und vielleicht Nachbesserungen notwendig sind. Die Stärke der Volkspartei NÖ ist ihre Breite. Gerade im ersten Jahr des neugewählten Landtages haben wir einige wichtige Projekte beschließen können, die unsere Gemeinden betreffen. Und das ist eine blau-gelbe Qualität: In Niederösterreich sitzen die Gemeinden bei allen wichtigen Beschlüssen mit am Tisch. Es wird nicht über ihren Kopf hinweg beschlossen, sondern gemeinsam entschieden. Danke an Gemeindebundpräsident Hannes Pressl für den laufenden Austausch über die Anliegen der Gemeinden unseres Landes.“ ■■■

“ **Land und Gemeinden – Hand in Hand.** Dieses Motto gilt auch in dieser Landtagsperiode.



**Jochen Danninger**  
ÖVP-Klubobmann



## VOLKSPARTEI

# Vorsitz Niederösterreichs in der LH-Konferenz und im Bundesrat



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit der amtierenden Bundesratspräsidentin Margit Göll.

Mit Jahreswechsel übernahm Niederösterreich den halbjährlich wechselnden Vorsitz der Landeshauptleute-Konferenz von Kärnten. Den Vorsitz im Bundesrat übernahm die Gmünderin Margit Göll.

„Die Landeshauptleute-Konferenz und der Bundesrat sind zwei kräftige Stimmen des föderalen Österreich“, betonte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bei ihrem Besuch im Bundesrat. Bundesratspräsidentin Göll sprach in ihrer Antrittsrede von wichtiger Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg und stellte die Schwerpunkte unter ihrer Vorsitzführung vor.

Das Motto für die nächsten Monate unter dem Vorsitz Niederösterreichs bei der Landeshauptleutekonferenz sei klar, so Mikl-Leitner: „Aus Verantwortung für Österreich an einem Strang ziehen. Ein Motto, das uns in der politischen Arbeit in den nächsten Monaten als Vorbild und Wegweiser dienen soll. Und ein Anspruch, dem wir uns als politische Verantwortungsträger stellen wollen.“

Gerade in einer Zeit der Polarisierung, in der so vieles offen und ungewiss ist, braucht es Institutionen und Personen, die für Stabilität und Verlässlichkeit stehen. Solche Konstanten sind, laut Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner,

unter anderem der Bundesrat und die Bundesländer.

Für den Vorsitz Niederösterreichs in der LH-Konferenz und im Bundesrat sind vier Schwerpunkt-Themen definiert. Neben leistbarem Wohnen und dem Finanzausgleich soll auch die Stärkung des Freiwilligenwesens ein zentraler Punkt der niederösterreichischen Vorsitzführung werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Thema Europa und der Europäischen Union. „Ganz unabhängig von bevorstehenden Wahlen ist es wichtig, sich für die EU einzusetzen und dass sich Europa im Sinne der Regionen entwickelt. Denn gerade die Regionen sind es, die Europa tragen“, so die Landeshauptfrau.

„Der Bundesrat muss und wird weiterhin ein Raum für den konstruktiven Austausch von Ideen und Visionen sein“, meint Bundesratspräsidentin Margit Göll, die weiters betont, dass besonders nun in einem Superwahljahr die Möglichkeit besteht, den Ideen Gehör zu verschaffen. ■■■

“ Aus Verantwortung für Österreich an einem Strang ziehen.

Johanna Mikl-Leitner  
Landeshauptfrau

# „Wir dürfen die Pflege nicht schlecht reden“

Laut einer aktuellen Studie werden bis zum Jahr 2050 knapp 200.000 Pflegekräfte benötigt. Mit den 7.000 bis 8.000 Absolventinnen und Absolventen, die jährlich abschließen, kann der Bedarf nicht gedeckt werden. Im Interview spricht Bürgermeisterin Michaela Hinterholzer, Präsidentin des Hilfswerk Niederösterreich, wie Pflege und Betreuung in Zukunft gelingen kann und wie der größte soziale Dienstleister des Landes auf aktuelle Herausforderungen reagiert.

## **NÖ GEMEINDE: Personalmangel in der Pflege ist eine der größten sozialen Herausforderungen, mit denen Österreich in den nächsten Jahrzehnten konfrontiert ist. Wie viele offene Stellen hat das Hilfswerk Niederösterreich derzeit im Pflegebereich?**

**MICHAELA HINTERHOLZER:** Wir müssen uns leider schon seit einiger Zeit vor Augen halten: Der Personalmangel in der Pflege ist gekommen, um zu bleiben.

Wenn man den Bedarf an Pflegekräften 2050 und die jährlichen Absolventen vergleicht, so bleibt eine Lücke von 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern pro Jahr. Wir suchen an allen unseren Standorten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sämtlichen Pflege- und Betreuungsberufen. Wir haben derzeit 500 Stellen in diesem Bereich ausgeschrieben.

## **Welche Schritte halten Sie für notwendig, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen?**

Mit der Reform der Pflege-Ausbildung, finanziellen Anreizen und einer höheren Durchlässigkeit in den Ausbildungswegen ist Wichtiges geschehen. Es muss wirklich alles getan werden, um jungen Menschen, aber auch Um- und Wiedereinsteiger\*innen die Tätigkeit in der Pflege und Betreuung schmackhaft zu machen und ihr Arbeitsumfeld attraktiv zu gestalten. Es muss uns aber auch klar werden, dass wir den Bedarf nicht ausschließlich mit inländischen Kräften decken werden können. Und hier müssen wir ganz, ganz dringend ansetzen.

Wir dürfen ausländische Arbeitskräfte nicht an andere Staaten verlieren, weil es daran scheitert, dass diese Österreich bei ihrer Arbeitsplatzwahl nicht am Schirm haben. Und es darf auch nicht sein, dass wir Menschen aus dem Ausland, die

bei uns arbeiten möchten, schikanieren, indem wir ihnen bürokratische Hürden ohne Ende auflasten. Wir brauchen dringend eine Vereinfachung des Nostrifizierungsprozesses und wir brauchen eine bundesweite Anwerbeagentur, die professionell für unseren Standort wirbt. Nach Berechnungen des Hilfswerk Österreich auf Basis von Zahlenmaterial der Statistik Austria sind es gerade einmal durchschnittlich 130 (!) Pflegekräfte aus Drittstaaten pro Jahr, die in Österreich anerkannt und sesshaft werden. Deutschland hat seit 2017 rund 20.000 Fachkräfte ins Land gelotst – pro Jahr!

## **Was sind die Erwartungen an die Gemeinden – was würde die Arbeit des Hilfswerks noch verbessern helfen?**

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich Familien oft erst sehr spät mit dem Thema Älterwerden oder Pflegebedürftigkeit beschäftigen. Und wenn es dann akut wird, entsteht ein Gefühl der Überforderung oder es ist vielleicht für vorbeugende, aktivierende Maßnahmen schon zu spät. Da wäre es hilfreich, wenn wir alle gemeinsam die Augen offenhalten. Als Bürgermeister oder Bürgermeisterin kenne ich viele Menschen in der Gemeinde und kann bei Bedarf auf Unterstützungsmöglichkeiten aufmerksam machen und rechtzeitig Hilfe durch Profis anbieten. Wir haben jetzt aktuell mit etwas Neuem begonnen: In interessierten Gemeinden können wir regelmäßige Pflege-Sprechstunden abhalten, in Räumlichkeiten der Gemeinde und für die Bürgerinnen und Bürger kostenlos und unkompliziert. Damit kann die Gemeinde ihren Einwohnern ein kompetentes Service direkt vor Ort bieten. Wir probieren das in den nächsten Monaten an einigen Standorten aus. Auch in

“ Es darf nicht sein, dass wir Menschen aus dem Ausland, die bei uns arbeiten möchten, **schikanieren, indem wir ihnen bürokratische Hürden ohne Ende auflasten.** ”



### **Kontakt**

Hilfswerk  
Niederösterreich  
Tel. 05 9249-0  
service@noe.hilfswerk.at  
www.noe.hilfswerk.at



meiner Gemeinde Oed-Oehling gibt es jetzt ab März regelmäßige Beratungsstunden mit der zuständigen Pflegemanagerin.

#### **Wie funktioniert das „Schnittstellenmanagement“ mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen?**

Sehr gut. Sowohl mit dem Entlassungsmanagement in den Krankenhäusern als auch zwischen allen mobilen Trägern gibt es einen regelmäßigen, direkten Austausch. Wir Arbeitgeber im mobilen Bereich sind zum Beispiel in einer sehr produktiven Arbeitsgemeinschaft vernetzt. Das liegt im Sinne von allen Institutionen und vor allem im Sinne der niederösterreichischen Familien. Der Bedarf an unseren Leistungen ist höher als wir alle erfüllen können, und damit das Gesundheits- und Sozialsystem funktioniert, müssen wir ganz eng zusammenarbeiten.

#### **Ist für das Hilfswerk das „Community Nursing“ ein Thema? Gibt es da Kooperationen? Und bedarf es einer solchen Tätigkeit in Zukunft?**

Wir sehen Community Nursing als wichtige Funktion und haben auch gute Kontakte zu den bestehenden. Über die geförderten Projekte hinaus gibt es aber in Niederösterreich weit mehr „Community Nursing“ als ausgewiesen wird. Denn auch wir und die anderen mobilen Träger erfüllen in der alltäglichen Arbeit diese Aufgaben: Beraten, vernetzen und das soziale Gefüge der Gemeinde stärken. Das gehört zu unserer ureigensten Funktion als Begleiter in herausfordernden Lebenssituationen.

#### **Wie schaut es mit digitaler Pflegeunterstützung aus? Ist das zukunftsfähig? Und was bräuchte es dazu?**

Wir arbeiten immer wieder an wissenschaftlichen Forschungsprojekten in diesem Bereich mit, z. B. beim Projekt „Care about care“, das wir als einziger Endanwender in Österreich begleiten dürfen. Hier geht es unter anderem um eine digitale Pflege-Fernunterstützung über Augmented Reality. Auch der vermehrte Einsatz von Sprachsteuerung ist sicher ein Zukunftsfeld. Wir selbst werden demnächst unsere gesamte Pflegedokumentation digitalisieren. Digitale Pflegeunterstützung hat sicherlich sehr großes Potenzial, auch an der Schnittstelle zwischen Gesundheitseinrichtungen und Pflege. Digitale Rezepte, digitale Arztbriefe oder ein für alle einsehbarer Pflegeprozess wären große Fortschritte, für die es aber ein Umdenken im System und eine bundesweite Lösung bedarf.

#### **Die finanzielle Situation ist im Sozialbereich nicht einfach und auch für das Hilfswerk nicht. Was wären Lösungsansätze dafür?**

Mittelfristig ist natürlich die zentrale Herausforderung, dass die immer weiter steigenden Personalkosten abgedeckt werden. Langfristig muss uns aber klar sein, dass auch hier ein größeres Umdenken notwendig ist und wir so nicht weitermachen können. Ohne substanzielle Reformen im Pensions- und Gesundheitssystem wird es nicht gehen. Wir müssen mehr auf Vorsorge, Mobilisierung und Eigenverantwortung setzen. Dafür müssen und werden wir uns einsetzen. ■■■

**Hilfswerk NÖ-Präsidentin Michaela Hinterholzer appelliert an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Augen offen zu halten, ob es in ihren Gemeinden Menschen gibt, die Pflegebedarf haben.**

**“ In interessierten Gemeinden können wir regelmäßige Pflege-Sprechstunden abhalten, in Räumlichkeiten der Gemeinde und für die Bürgerinnen und Bürger kostenlos und unkompliziert.**



# Was der **neue** Gemeindebund-Chef vorhat

Nach dem Rücktritt von Alfred Riedl wurde NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl auch zum Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes gewählt. Im Gemeindebund-Magazin KOMMUNAL erläuterte er seine Pläne. Johannes Pressl über ...

## ... die Finanzsituation der Gemeinden:

In den letzten Monaten haben sich die Rahmenbedingungen stark geändert: Die Zinsen sind gestiegen, die Gemeinden müssen höhere Gehälter zahlen, die Wirtschaft schwächelt. 30 bis 40 Prozent der Gemeinden werden heuer ihre Haushalte nicht ausgleichen können. Das bedeutet aber auch, dass sie nicht mehr investieren können, und das wirkt sich auf die Wirtschaft aus. Daher brauchen wir zusätzlich eine Milliarde Euro, um investieren zu können.

## ... die Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes:

Hier geht es darum, einen proaktiven Weg der Informationsweitergabe für die Gemeindebürgerinnen und -bürger zu finden, der gleichzeitig die Verwaltungen nicht überfordert.

## ... Digitalisierung und Glasfaserausbau:

Die Digitalisierung ist für viele eine „Blackbox“. Ich glaube, wir müssen in diese Blackbox neugierig hineinschauen. Dann wird das, was Digitalisierung alles ermöglicht, auf einmal spannend.

Für schnelle Netze müssen wir richtig Treibstoff nachlegen und auch die Ausbaupartner fördern, die die Leitungen graben.

## ... den Bodenverbrauch

Das Ziel, den täglichen Bodenverbrauch auf zweieinhalb Hektar zu begrenzen, ist unrealistisch. Mit der Ressource Boden muss aber sparsam umgegangen werden. Besser als eine Eigenheimprämie wäre daher eine Starthilfe für junge Menschen, die bestehende Häuser von Eltern oder Großeltern übernehmen.

Damit könnte man auch das Leerstandsproblem bekämpfen: Ich stelle mir ein Wohnbauförderungsmodell vor, das Erben oder Käufer eines Bestandshauses bei Umbau und Sanierung kräftig unterstützt. Bei einem Umbau von beispielsweise 400.000 Euro könnte das ein Direktzuschuss von 50.000 bis 70.000 Euro sein.

## ... Maßnahmen gegen die Wohnungsnot:

Wir werden nichts zusätzlich investieren können. Wir werden aber fordern, dass Wohnbauförderungsmittel des Bundes und der Länder auch tatsächlich in den Wohnbau fließen. Und wir müssen uns das Thema der Immobilienspekulation anschauen: Wenn Betongold nach wie vor eine der besten Anlageformen ist und wenn Menschen mittels Immobilienfonds versuchen, ihr Geld zu vermehren, dann treibt das die Immobilienpreise in die Höhe. Es kann nicht sein, dass wir wegen dieser Entwicklungen in manchen Orten keinen Wohnraum für die eigenen Bürger mehr schaffen können.

Das zweite, das mir noch wichtig ist: Wir haben in den letzten Jahren – und da bin ich froh darüber – einen einheitlichen Baustandard, also Normen, für ganz Österreich geschaffen. Allerdings wird immer dann, wenn es um Kompromisse geht, der scheinbar höhere Wert, die höhere Richtlinie, als Kompromiss herangezogen. Dann brauchen wir uns nicht wundern, dass das Bauen teurer geworden ist.

Ich glaube, dass wir diese Standards hinterfragen müssen und uns auch trauen müssen, von einem sehr hohen Niveau einige Schritte zurückzugehen.

👉 Besser als eine Eigenheimprämie wäre daher eine **Starthilfe für junge Menschen, die bestehende Häuser von Eltern oder Großeltern übernehmen.**





© Thomas Max/Kommunal

**Johannes Pressl im Gespräch mit KOMMUNAL-Chefredakteur Hans Braun.**

#### ... Infrastrukturen wie Nahversorgung, Bargeldversorgung oder ärztliche Versorgung:

Die Gemeinden sind hier in einer Zwickmühle. Diese entsteht deswegen, weil wir unsere Bürgerinnen und Bürger mit diesen Infrastrukturen bestens versorgen wollen. Aber die bisherigen Partner wie Post, A1 Telekom oder auch Nahversorger und Landärzte sind oft nicht mehr wirtschaftlich und wandern deshalb ab.

Ich will vermeiden, dass ländliche Gemeinden dann unter Druck gesetzt werden und für die Verluste einspringen müssen oder Geschenke machen müssen, während die gleichen Unternehmungen anderswo hohe Gewinne schreiben. Und deswegen wird es auch meine Aufgabe sein, mit den Systemträgern, beispielsweise der Gebietskrankenkasse und auch der Ärztekammer bei der Landarztthematik klare Regeln aufzustellen.

#### ... die Pflegeproblematik:

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Einzelmaßnahmen, die die Bundesländer setzen, um Pflegekräfte zu bekommen, zu wirken beginnen. Wir müssen aber die Anstrengungen, um im Pflege- und Altenbetreuungsbereich Reformen voranzubringen, noch verstärken. Aus meiner Sicht ist die Entwicklung von niederschweligen Angeboten besonders wichtig:

Je länger wir Menschen in der häuslichen Pflege behalten können, je besser wir über Tagesbetreuung, betreute Wohnformen oder auch gemeinschaftliche Aktivitäten im Ort Menschen unterstützen können, umso länger werden wir die Phase, für die man dann in ein Pflegeheim geht, hinauszögern können. Das ist einerseits für die betroffenen Menschen gut, andererseits entlastet es das System auch finanziell. Damit werden wir es schaffen, den erhöhten Pflegebedarf organisatorisch als auch finanziell bis 2050 umzusetzen.

#### ... das Image der Lokalpolitik:

Wir müssen das, was die Kommunalpolitikerinnen und -politiker tagtäglich leisten, positiv vor den Vorhang stellen. Natürlich sind wir immer Problemlöser, daher identifiziert man uns auch sehr stark mit Problemen. Wichtig ist mir, dass nicht das Problem im Vordergrund steht, sondern die Lösungskompetenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die von 40.000 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Dieses Image des Gestaltens weiterzuentwickeln, ist mir persönlich ganz wichtig.

#### ... seine persönliche Zukunft:

Ich bleibe neben meinem Amt als Präsident des Österreichischen Gemeindebundes natürlich auch Präsident des NÖ Gemeindebundes. ■■■

“ Ich bleibe neben meinem Amt als Präsident des Österreichischen Gemeindebundes natürlich auch Präsident des NÖ Gemeindebundes.



## AKADEMIE 2.1

# NEU „GRW 2025: Exklusiv-Lehrgang für Kandidatinnen“

Von April bis Oktober veranstaltet die Akademie 2.1 einen aus sechs Modulen bestehenden Lehrgang für Frauen in der Kommunalpolitik.

Gemeinsam mit den „Wir Niederösterreicherinnen“ wurde ein Konzept entwickelt, das politisch interessierte und engagierte Frauen fördern und unterstützen soll. Neben den praktischen Anwendungen stehen natürlich das Netzwerk und der Austausch im Mittelpunkt.

Der Lehrgang setzt sich aus den folgenden Modulen zusammen:

- 12.-13. April 2024: Meine Rolle. Meine Projekte. Ich in der Volkspartei. (St. Pölten)
- 4. Mai 2024: Stimm- & Sprechtraining (Baden)
- 15. Juni 2024: Auftritt & Rhetorik Am Punkt (Zwettl)
- 29. Juni 2024: Meine Gemeindewahl – Von der Positionierung bis zum Haustürwahlkampf (Melk)
- 7. September 2024: Medienarbeit – Print & Online (Mistelbach)
- 5. Oktober 2024: Mein Team – Erfolgsfaktoren für die politische Arbeit (St. Pölten)

Das erste Modul dauert zwei Tage (Freitag 15 bis ca. 21 Uhr, Samstag 9 bis 17 Uhr). Alle weiteren Module sind eintägig am Samstag von 9 bis 17 Uhr. Die Teilnahmegebühr für den Lehrgang beträgt 390 Euro.

## Anmeldungen

Direkt an [nicole.kerck@akademie21.at](mailto:nicole.kerck@akademie21.at), online via Homepage (Rubrik Lehrgänge) oder über diesen QR-Code:



Anmeldeschluss ist der 31. März 2024. ■■■



## SEMINARE UND WEBINARE

- 20.3. Webinar: Der Prüfungsausschuss I –** Rechtliche Grundlagen (Basic)
- 6.4. Seminar: Professionelles Medientraining im Studio (Pro)**
- 8.4. Seminar: Du suchst Kandidaten für die GRW?** Optimiere deine Zielgruppenansprache! (GPO-Spezial)
- 10.4. Webinar: Krise in sozialen Medien?** Reputationsmanagement!
- 13.4. Seminar: wirkungsstark - sicher - charismatisch (Basic)**
- 16.4. Seminar: Baurecht & Raumordnung** anhand praktischer Beispiele
- 20.4. Seminar: Klagen oder geklagt werden?** Was darf auf Social Media gesagt werden?
- 24.4. Webinar: Vergaberecht für Gemeinden –** Dos and Don'ts
- 29.4. Webinar: 1 x 1 der Pressearbeit –** Hilfreiche Tipps & Tricks



## SERVICE

### WhatsApp-Broadcast der Akademie 2.1

Die Bildungsakademie bietet als Informationskanal einen WhatsApp-Dienst an. Wer unregelmäßig, aber gezielt Informationen zum Programm, den Lehrgängen oder den aktuellen Aktionen erhalten möchte, sollte sich unbedingt anmelden:

#### 1. Schritt:

0664 884 715 48 als „Akademie 2.1“ im Handy speichern

#### 2. Schritt:

WhatsApp-Nachricht mit Vor- und Zunamen senden

Das gesamte Angebot der Bildungsakademie ist auf der Homepage der Akademie 2.1 zu finden.



## Information

Akademie 2.1  
02742 / 9020 - 1620  
[office@akademie21.at](mailto:office@akademie21.at)  
[www.akademie21.at](http://www.akademie21.at)  
[www.akademie21.at](http://www.akademie21.at)

## Dorferneuerung kürte Leuchtturmprojekte

Für den elften Projektwettbewerb der „NÖ Dorf- & Stadterneuerung“ wurden 83 Projekte eingereicht. Teilnahmeberechtigt waren Dorferneuerungsvereine, Orte, Dörfer sowie Städte und Gemeinden.

In der Hauptkategorie „Ganzheitlichkeit“ siegte die Gemeinde Reinsberg, die sich gegen Wiener Neudorf und gegen Markersdorf-Haindorf durchsetzte.

Ein neu errichtetes Nahversorgungsgeschäft, ein Dorffice für Kleingewerbe, nachhaltige Wohnraumschaffung und ein Spielplatz neben dem Kindergarten beleben das Ortszentrum von Reinsberg nachhaltig.

### Die weiteren Kategoriesieger

- › „Leben Miteinander“, Sparte Ort/Dorf: **„Infrastruktur in der Kellergasse“, Eichenbrunn**
- › „Leben Miteinander“, Sparte Gemeinde/Stadt: **„Ballspielbereich Hans-Czettel-Platz“, Ternitz**
- › „Stadt- und Ortskernbelebung“, Sparte Ort/Dorf: **„Dorftreff“, Stössing**
- › „Stadt- und Ortskernbelebung“, Sparte Gemeinde/Stadt: **Entwicklung des Ortskerns, Krumnußbaum**
- › „Klimafitte Orte“, Sparte Ort/Dorf: Projekt **„Klimafitter Kommunikationsplatz“, Dietmanns**
- › „Klimafitte Orte“, Sparte Gemeinde/Stadt: **„Ortskern als klimafitter Aufenthaltsbereich“, Ober-Grafendorf ■■■**



© N.L.K. Filzweiser

**Siegerehrung für die Gewinner aus Reinsberg: Christian Vogelauer, Dorf- & Stadterneuerungs-Vereinsobfrau Maria Forstner, Bürgermeister Reinhard Nosofsky, LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Franz Faschingleitner, Vizebgm. Andreas Prüller und NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl.**

## Neue Förderungen für Tourismusdestinationen

Die ecoplus Regionalförderung unterstützt Gemeinden, Initiativen und Vereine bei der Umsetzung regionalwirtschaftlich wichtiger Infrastrukturprojekte. Im Jahr 2023 wurden insgesamt 171 ecoplus Regionalförderprojekte und LEADER-Projekte mit einem Fördervolumen von mehr als 35 Millionen Euro von der niederösterreichischen Landesregierung beschlossen. Damit wird ein Gesamtinvestitionsvolumen von über 81 Millionen Euro ausgelöst.

Um das touristische Angebot im Kompetenzfeld „Regionale Kulinarik & Wein“ zu stärken,

wurde ein neuer Fördercall ausgeschrieben. „Hier bieten wir allen interessierten Tourismusdestinationen Niederösterreichs die Möglichkeit, ihre Angebotsschwerpunkte, ihren Außenauftritt und ihre Produktpalette im Themenbereich Kulinarik & Wein zu stärken. Und im Rahmen eines sogenannten Gastgebercoachings werden die niederösterreichischen Beherbergungsbetriebe begleitend beraten“, berichtet ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki. Außerdem wird ein Aktionsprogramm zur touristischen Mobilität vorbereitet. ■■■

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND  
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)  
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4  
ZVR 959071656

### Internet:

www.noegemeindebund.at  
**Mit der Herausgabe beauftragt:**  
Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poyszl

### Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,  
1010 Wien, Löwelstraße 6,  
Tel.: 01/532 23 88-0

### Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,  
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at  
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc., Oswald Hicker

**Grafik:** Österreichischer Kommunal-Verlag,  
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

### Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0  
Martin Pichler, E-Mail: martin.pichler@kommunal.at  
Martin Mravlak, E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at  
Oliver Vogel, E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

### Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel  
**Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt  
**Auflage kontrolliert:** 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust

an folgende Zielgruppen in NÖ:

Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



Produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens, Walstead Let's Print Holding AG, UW 808



## Niederösterreich sucht besondere Bauwerke.

### Qualitätskriterien:

- Qualität der handwerklich-technischen Leistungen
- zeitgemäße Planung, Gestaltung und Objektumsetzung
- ökologische und nachhaltige Bauweise
- wirtschaftliche, nutzungsorientierte Funktionalität

Das Land Niederösterreich und die Landesinnung Bau NÖ als Auslober laden zur Teilnahme an der Vergabe des NÖ Baupreises ein. Der NÖ Baupreis wird für in Niederösterreich ausgeführte Bauvorhaben vergeben. Alle Infos & Unterlagen finden Sie im Internet: [www.baupreis-noe.at](http://www.baupreis-noe.at)

